

Volksmacht

für Schlesien

Anzeigenpreis: 1.50 Pf. ...

Organ für die werftätige Bevölkerung ...

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 8 mal ...

Die Genua-Konferenz gefährdet!

Washington lehnt Genua ab!

Neuter meldet aus Washington: Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten nicht bereit ist, an der Konferenz von Genua, die zu dem vor-

Berschiebung der Konferenz?

Die „Times“ meldet aus Rom, dort gehe das Gerücht um, daß die Konferenz von Genua verschoben würde. Aus Washington meldet das Blatt, dort geminne die Ansicht Boden, die Konferenz von Genua werde schließlich verschoben werden.

Die englisch-französischen Verhandlungen auf dem toten Punkt?

„Daily Chronicle“ (Lord George nahestehend) veröffentlicht an erster Stelle unter der Überschrift „Der englisch-französische Pakt auf dem toten Punkt, ein Werkzeug des Militarismus und nicht des internationalen Friedens“, einen Artikel seines diplomatischen Berichterstatters, in dem es heißt:

Die französische Auffassung, die den in der Pariser Presse erschienenen französischen Vorschlägen zugrunde liegt, ist dem britischen Standpunkt so vollkommen entgegengesetzt, daß die Ausgleichung beider Standpunkte unmöglich erscheint.

„Daily Telegraph“ (vom Außenministerium gelegentlich benutzt) dagegen meldet, daß gestern Unterredungen zwischen Curzon und dem französischen Botschafter über die Frage des englisch-französischen Paktes begonnen haben, und zwar, wie das Blatt meint, unter weit günstigeren Umständen, als es vor einer Woche der Fall war.

Keine Koalition mit der Volkspartei.

Das Agitationsbedürfnis rechts- und linksgerichteter Blätter, die in dem Abschluß des Steuerkompromisses den Weg zur großen Koalition sehen, wird durch Feststellungen in der heutigen Morgenausgabe des volksparteilichen Organs der „Zeit“ entkräftigt.

Es ist durchaus falsch, die Forderungen der Deutschen Volkspartei unter dem Gesichtspunkt einer Regierungserweiterung zu betrachten. Auch hier verfolgt die Volkspartei nur das sachliche Interesse und dieses Interesse gebietet, daß Wandel geschaffen wird, wenn nicht das Steuerkompromiß und die Erleichterung der Steuergehalte abermals nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein sollen.

Rechnet man hinzu, daß auch innerhalb der Sozialdemokratie keine Meinung für die große Koalition besteht, so ergibt sich, daß wir von der großen Koalition vollständig weit entfernt sind.

Der Reichsfinanzminister über Poincaré und das Steuerkompromiß.

Deutschnationale Opposition.

Die Ausgaben zur Förderung des Nachrichtenwesens im Inlande, sowie für Uebergangsmassnahmen zur Umwandlung geeigneter ehemaliger Bildungsanstalten in bürgerliche Reichsbildungsanstalten werden mit zwei Drittel Mehrheit genehmigt.

Es folgt die Entgegennahme der Erklärung der Reichsregierung.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth:

Als die Reichsregierung in ihrer letzten Zusammenkunft am 26. Oktober mit einer programmatischen Erklärung vor den Reichstag trat, vertrat ich im Namen des Kabinetts die Meinung, daß die innere und auswärtige Politik, die am 21. Mai eingeschlagen wurde, in ihren Grundlinien auch in der neuen Lage fortgeführt werden müsse, auch über unglückliche Entscheidungen des Obersten Rates über Oberbefehl eine neue Lage geschaffen hat.

Erhaltung und Wiederanbau des Reiches, Ueberwindung der wirtschaftlichen, sozialen und moralischen Kriegsschäden, innere Konsolidierung der Nation.

In der auswärtigen Politik:

Mitarbeit Deutschlands

an der Herstellung eines wahren Friedens in der Welt. Als Mittel hierzu dient unsere feste Bereitschaft, die Leistungen Deutschlands aus dem Friedensvertrage und seinen Ergänzungen bis zur Grenze des Leistungsmöglichen zu erfüllen.

Im Mittelpunkt aller Probleme steht die Frage der Reparationskosten, die eine Frage der äußeren, wie der inneren Reparationsfrage

Politik ist. Gerade der

hat in den letzten Wochen die hauptsächlichste Arbeit und Sorgfalt der Regierung gefunden. Entsprechend unserem Programm der Leistungen richte die Regierung am 25. November, nachdem sie festgestellt hatte, daß die am 15. Januar und 15. Februar fälligen Leistungen aus unseren Reparationsverpflichtungen aus laufenden Mitteln nicht bezahlt werden können, an die Bank von England das Ersuchen, Deutschland keine Zahlungen durch eine langfristige Anleihe

von 500 Millionen Goldmark

oder entsprechend kurzfristige Bankkredite zu ermöglichen. Dieses Ersuchen ist von der Bank von England mit der Bedingung abgelehnt worden, daß unter den Bedingungen, die z. B. die Zahlungsbedingungen Deutschlands beinhalten, ein Kredit in England nicht erhältlich sei.

Gesuch um Stundung

der im Januar und Februar fälligen Barzahlungen richte. In Cannes wurden die Zahlungen von der Reparationskommission unter einer gewissen provisorischen Regelung gestundet und die endgültige Beschlußfassung über eine Änderung des Zahlungsplanes für 1922 von der Vorlegung eines Reformprogrammes innerhalb von 14 Tagen seitens der Deutschen Reichsregierung abhängig gemacht.

Dieses Programm wird in Form einer kurzen Denkschrift morgen an die Reparationskommission abgehen. Wesentlich war der offizielle Schritt der Deutschen Regierung von auffällenden Behauptungen von privater deutscher Seite mit Wissen der Regierung in London und dann in Paris begleitet. Dr. Rathenau hat sich in dankenswerter Weise und mit Einlegen seines ganzen Wissens und Könnens der Aufgabe unterzogen, endlich mit den ehemaligen Gegnern in eine nähere Berührung zu kommen und viele Mißverständnisse und unzulängliche Auffassungen über unsere Lage zu beseitigen, die bisher eine vernünftige Regelung unserer Beziehungen zum Ausland erschweren.

Herrn Dr. Rathenau gebührt deswegen ein warmer Dank im Namen des deutschen Volkes, (Lebhafte Beifall), für die Aufopferung, mit der er sich diesem Dienste unterzogen hat. In Cannes

ist es uns zum ersten Mal gelungen, in freier Weise und anders als in einem Verhör die wahre Lage Deutschlands auf der Konferenz auseinanderzusetzen. Diese Konferenz hat Deutschland zu einer nächsten Konferenz eingeladen, auf der die gesamte Weltwirtschaftslage und die Probleme einer Erneuerung friedlicher internationaler Wirtschaftsbeziehungen, sowie die mitteleuropäischen Fragen und die Frage Rußlands beraten werden sollen.

Bestandigung aller Nationen, der Sieger und Besiegten, mit dem gemeinsamen Ziel der Wiederherstellung internationaler wirtschaftlicher Beziehungen. (Lebhafte Beifall links und in der Mitte.) Nun, in diesem Sinne habe ich mich auf der Tagung der Zentrumspartei von einem „Erfolg“ auf der Konferenz von Cannes gelobt, was der französische Ministerpräsident in der Kammer so ausgelegt hat, als ob ich die Konferenz als ein

Mittel aufgefaßt habe, um dort in erster Linie das Reparationsprogramm aufzurufen. Ich möchte im Anschluß daran noch einiges sagen über das, was wir in der letzten Zeit aus unserem westlichen Nachbarlande gehört haben.

Der französische Kabinettswechsel

Ist fast in der ganzen Welt, nicht nur in Deutschland als ein Symptom dafür angesehen worden, daß in der Wiederherstellung eines dauernden politischen und wirtschaftlichen Einvernehmens Rückschlüsse kommen können. (Sehr wahr!) Es steht der Deutschen Regierung nicht zu, derartige Prognosen aufzustellen, sondern ich

bin der Meinung, daß die Deutsche Regierung jeder französischen Politik gegenüber, ob sie von Herrn Briand oder von Herrn Poincaré dieselbe Haltung einzunehmen hat,

nämlich die des ehrlichen Friedenswillens und der aus nächster Erkenntnis der realpolitischen Machtverhältnisse andererseits sich ergebenden Bereitwilligkeit zur Erfüllung unserer Verpflichtungen, die nur irgend in unserer Macht liegt.

Die Beurteilung unseres aufrichtigen Willens ist natürlich abhängig von der Sinnesart der Politiker und Staatsmänner, mit denen wir uns auseinandersetzen haben. Ich kann es deshalb nicht unterlassen, mich mit den Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten, die er nach der Uebernahme seines Amtes gemacht hat, zu beschäftigen. Ich werde ihm nicht auf das unruhigere Gebiet historischer Erörterungen folgen. Das erschwert nur die Lösung lebenswichtiger Probleme. Diese Fragen werden auch von unserem Ratte mit dem starken Rufe nach Gerechtigkeit erörtert. Ich bin überzeugt, daß die Entwicklung diesen Lauf nehmen wird, aber es gilt jetzt, die Grundlage für eine friedliche und glückliche Zukunft Deutschlands zu legen und zu finden. (Zustimmung.) Herr Poincaré

hat zum Eingang seiner ersten Rede im Senat und Kammer erklärt, Deutschland müsse endlich anfangen, seine Verpflichtungen zu erfüllen und die angerichteten Schäden wieder gutzumachen. Wenn damit der Eindruck erweckt werden soll, daß Deutschland noch gar nicht begonnen habe, seine Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, so muß ich dem laut und energig widersprechen. (Sehr wahr!) Wenn man das von Herrn Poincaré hört, muß man annehmen, daß man in Frankreich tauben Ohren predigt. Diese Normen beruhen auf einer völligen Verkennung der ökonomischen Grundlagen der deutschen Entwicklung in der letzten Zeit. Poincaré hat weiter behauptet, Deutschland erhalte weniger Steuern als Frankreich und lade künstlich einen Staatsbankrott herbeizuführen. Diese Auffassung kann der nicht teilen, der die deutschen Verhältnisse an Ort und Stelle unvoreingenommen studiert hat. In der Aufklärung über die wirtschaftliche Lage in Deutschland, über die Lage der Weltwirtschaft überhaupt, klafft da noch eine Lücke, die wir zu schließen bemüht sein werden. Wir werden unsere finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse, wie man uns aufgetragen hat, genau darlegen, obwohl wir hätten annehmen dürfen, daß schon durch unsere bisherigen Darlegungen wenigstens einige Irrtümer hätten aufgeklärt sein können. Der Erfolg wird davon abhängen, wie unsere Aufklärungen wirken werden. Mehr aber noch

wird es darauf ankommen, ob Frankreich sich überhaupt aufklären lassen will.

(Sehr wahr!) Schweiz wird es freilich sein, in Deutschland für eine in dieser Beziehung optimistische Auffassung einzutreten, wenn man die Stellung des französischen Ministerpräsidenten in der

Frage der sogenannten Kriegsschuldigen

steht. Er stimmte dem Vorschlage der Kammer zu, die deutsche Regierung aufzufordern, die Angeklagten den Mäxieren zur Beurteilung auszuliefern. (Lebhafte Zustimmung.) Somit damit dem Spruch des Obersten deutschen Gerichtes der Vorwurf der Parteilichkeit gemacht wird, muß er mit aller Schärfe zurückgewiesen werden. (Sehr richtig!) Ich

kann nicht annehmen, daß der Oberste Rat dies Verlangen als berechtigt anerkennen wird. Es wird jedenfalls keine Deutsche Regierung geben, die den Verzicht machen wollte, die Auslieferung zwangsweise durchzuführen.

(Stürmischer Beifall bei der Mehrheit. — Abg. Adolf Hoffmann (Kamm.): die Verbrecher freuen sich immer! — Präsident Böke ruft den Abg. Hoffmann zur Ordnung. — Unruhe links.) Die französische Regierung will noch andere Fragen benutzen, um von neuem das System der Garantien und Sanktionen anzuwenden. Wir werden diesem negativen und unfruchtbareren Programm ein positives Programm

entgegensetzen, das hoffentlich die öffentliche Meinung in Frankreich eines Besseren belehren und beirichtigen wird. Das Wichtigste darin ist ein baldiger Aufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs. Das von Douhaire und Rathenau zustande gebrachte Wiesbadener Abkommen ist vor allem dazu bestimmt gewesen, dem französischen Wunsche nach Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in den allerersten Jahren Rechnung zu tragen. Auf innerpolitischem Gebiete ist die Regierung bemüht, einerseits durch neue Steuern die Einnahmen des Reiches zu vermehren, andererseits die Ausgaben zu verringern und die hauptsächlichsten und schwersten Defizite des Etats zu beseitigen.

Die neuen Steuerentwürfe

haben den langen und schwierigen Weg durch die Ausschüsse hinter sich und werden in aller nächster Zeit dem Reichstage zur Beschlußfassung vorgehen. Das Gesamtvermögen unserer Steuern überhaupt nach Annahme der Steuerentwürfe wird auf rund 100 Milliarden Mark geschätzt gegenüber dem Etat für 1921 mit 55 Milliarden Mark. Zur Erreichung dieses Zieles war ein Kompromiß nötig, das heute zustande gekommen ist. (Gelächter bei den Deutschen)

nationalen.) Dem Kompromiß haben sich die Parteien der Mehrheitspartei bis zur Deutschen Volkspartei angeschlossen. Es ist wie folgt zustande gekommen:

1. Die Vermögenswachsteuer soll 200 Prozent betragen. Dazu soll eine Zwangsanleihe in Höhe von 1 Milliarden Goldmark aufgelegt werden. Diese ist in den ersten 3 Jahren amorph.
2. Die Nachkriegskosten, die ein nicht genügendes Anstehen ergeben, sollen gelassen werden.
3. Bei der Umwälzung soll ausnahmslos ein Satz von 2 Prozent zur Anwendung kommen.
4. Die Kohlensteuer soll grundsätzlich 40 Prozent betragen, mit der Möglichkeit der Anpassung an die Wirtschaftslage.
5. Die Zuckersteuer soll mit Rücksicht auf die hohe Verbrauchung des Verbrauchs und die Umwälzung der Kohlensteuer und mit Rücksicht auf die Bedeutung des Zuckers für die Ernährung der Bevölkerung auf 30 Prozent für den Doppelzucker festgesetzt werden.
6. Die Zölle auf Kaffee, Tee, Kakao sollen nach den Vorschlägen des Reichswirtschaftsrats bemessen werden.
7. Bei der Biersteuer sollen die Beschlüsse erster Lesung aufrechterhalten werden.
8. Die Einheit der Gesamtsteuerbelastung soll durch ein Mantelgesetz gewährleistet werden; in diesem sollen die Vorschriften über die Zwangsanleihe Aufnahme finden.

Im Anschluß an dieses große Gesetzgebungswerk (Gelächter bei den Deutschen) und mit Rücksicht auf die tiefste Selbstachtung muß im Interesse einer möglichst schleunigen Durchführung der Gesetzgebung auf das Behrnis der Steuerverwaltung unter möglichster Vereinfachung der Gesetzgebung Rücksicht genommen werden.

Lord George meinte in einer Rede, die Welt könne nicht gesund sein, wenn nicht das Vertrauen von Volk zu Volk, von Regierung zu Regierung, von Volkswirtschaft zu Volkswirtschaft wiederkehre. Ich nehme kein Wort von internationaler Vertrauens als ein großes politisches Bekenntnis. Der Kriegsgott soll mit dem Kriegsbrot begraben werden, das ist die Hoffnung der Völker. Durch die Politik der Macht, der Gewalt und der Drohungen, die 7 Kriegsjahre lang geübt hat, ist die europäische Staatenwelt, insbesondere wirtschaftlich, in Trümmer gegangen. Die wirtschaftliche Not in allen Ländern wächst; selbst bei den Siegern. Die wirtschaftliche Vernunft muß wiederkehren. Die jetzige Arbeitslosigkeit ist eine deutliche Warnung. Unter den unumgänglichen Zahlungsverpflichtungen Deutschlands kann die Weltwirtschaft überhaupt nicht bestehen. Sie ist ein Organismus, bei dem die Schwächen eines Teiles auf die Dauer zur Schwächung des Gesamtorganismus führen muß. Die jetzigen Reparationsforderungen haben den Weltmarkt in die größte Verwirrung gebracht.

Welcher Weg aber bleibt zur Rettung aus der harten Not der Zeit? Der Weg kann nur führen durch das große Tor eines wahren dauerhaften Friedens. Der wirtschaftliche Friede wird nur erzielt werden auf dem Wege der Verständigung, auf dem Wege der wirtschaftlichen Vernunft. Nun müssen die Männer der Wirtschaft zusammenreten, nachdem die politische Atmosphäre gelöst und gereinigt hat. Sie müssen sich beraten, müssen die wirtschaftlichen Zustände der Welt einmal ruhig durchstudieren unter Zurückstellung aller nationalen Leidenschaften und in Verfolgung des einen Zieles: Zu einem wahrhaften Aufbau und damit zum Fortschritt zu kommen. Weitergehende produktive Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird ein Hauptziel von Genua sein müssen.

In dieser Grundsteinlegung dieser produktiven Völkergemeinschaft wird Deutschland nicht mit leeren Händen und nicht nur als Bedrängter und als Verräter, sondern als Mitträger auf Erfahrungen beruhender Mittel und als Pionier auf neuem Weg erscheinen können. (Zustimmung.) Wir glauben uns mit allen Mächten einig, daß dem

Wiederansetzen Rußlands

auf der Konferenz in Genua besonderes Interesse zugewendet werden wird und im Einvernehmen mit Rußland durchgeführt werden kann. Vorschläge von dritter Seite, gemeinsam mit uns und im Einvernehmen mit Rußland in dieser Beziehung zu arbeiten werden wir begrüßen. Wir würden jedoch die allerersten Bedenken haben gegen eine Politik, die Rußland wie eine Kolonie betrachtet und behandelt wissen will. (Lebhafte Zustimmung.) Keine Kolonialpolitik, sondern gemeinsame Arbeit, auch im Einvernehmen mit besiegten Völkern, die neben uns sitzen und darben.

Der Reichskanzler

gebäht lobens des verstorbenen Papstes

im Namen der Reichsregierung und hebt hervor, daß Deutschland und die ganze Welt in dem Tode eines großen Völker- und Menschenfreunds und den vornehmsten Förderer des Friedens verloren hat. Er gebäht die Worte des Papstes Benedikt XV. am 1. August 1917 an die Oberhäupter der kriegsführenden Völker, in denen er um Erhaltung des Friedens fleht. Dieser Appell ist damals zum Schaden der ganzen Welt nicht gehört worden. Er ist aber heute noch fast ebenso dringlich wie damals und ich richte deshalb in ebenso dringlicher Weise an alle diejenigen, von denen der Frieden der Welt abhängt, das Grüßen: Gebt der Welt den wahren Frieden! Das große Wort, das neulich in England angenommen worden ist: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen (Anruhe truce), kann und sollte der

Spuren im Schnee.

23) Von Sven Eideblad.
Autorisierte Uebersetzung. (Nachdruck verboten.)

Soll eine unklare Frage ist dann geeignet, den Zeugnissen zu verwehren und seine Antwort anders zu gestalten, als sie hätte lauten sollen. Der Antwort, die ihm so abgepreßt wurde, hat er sich nicht weigert, weil er meinte, daß Gefahr in der Luft lag, eine unbestimmte Form gegeben. Vielleicht war sie nur eine Ausflucht, eine Umgehung der richtigen Antwort, in seiner eigenen Sprache abgegeben, die er, wohlgelehrt, in allen Schattierungen beherrschte, in allen doppeldeutigen Ausdrücken, die oftmals dem ausgesprochenen Satz eine andere, tiefere, eine zwiespältige Bedeutung geben. Aber schon in dem Augenblick, da die Antwort im Gehirn des Dolmetschers anlangt und von diesem Hina in eine andere Sprache übertragen wird, geht sie durch einen Filter, wird vereinfacht, bestimmter gefaßt und dabei überflüssig in die Richtung gelenkt, die der Dolmetscher ihr geben möchte — ja angucken des Angehörigen. Denn das sind alle die Schwierigkeiten, die ebenjotig etwas anderes oder etwas mehr oder weniger bedeuten konnten, weggedrückt. Wenn dann der Uebersetzer seiner Auffassung der Antwort für den Untersuchungsrichter eine Form gibt, so unterliegt sie wieder einer Vereinfachung. Dabei drückt sich der Uebersetzer in seiner Sprache aus, und die Antwort gibt man vollkommen den Sinn wieder, den er ihr unterlegt. Und nun spielt noch herein, daß der Berichtsteller, ohne daß er deshalb partiell zu sein braucht, in jedem Satze nach einem klaren juristischen Ausdruck verbietet die Antwort noch einmal vereinfacht, daß heißt, in der Klärung aufgibt, in der er wünscht, daß die Antwort auf seine Frage ausfallen sollte. Ja, knappen, juristisch ausgedrückten Sätzen wird nun diese Antwort ins Breiweiß eingetragen, und alle, ja, wie sie da steht, hat sie Einfluß auf den Richterpruch. Wir übersehen jetzt bezüglich die Entwicklung: lauter und argwöhnisch wegen der drohenden Gefahr gibt der Mann eine Antwort, vielleicht eine nichtbezügliche Antwort, ausweichend, verflüchtigt durch unbestimmte Worte und Dialektismen, einigermassen in der Luft schwebend und selbsthaft. Aber in der unermesslichen Entschiedenheit hat dieser Rebell Gehalt angenommen und liegt nun auf dem Gerichtstisch als unabweisbar feststehende Tatsache. Legt es etwas lauterer Klang, kann man diese Geb-

ganzen Welt neuen Trost bringen, aber die große Verheißung, die Christenheit ist an die Bedingungen geknüpft, daß Friede nur denen beschieden ist, die guten Willens sind. (Lebh. „Sehr wahr“ bei der Mehrheit, Lachen links.) Diesen guten Willen haben wir geseht. Wir vertrauen darauf, daß einem guten Willen, als ein Bestes, was im Menschen schlummert, die Berechtigung und die gerechte Würdigung in der Welt nicht verweigert werden kann. (Stürmischer, sich wiederholender Beifall.)

Das Haus tritt sofort in die Besprechung der Regierungserklärung ein. Während der Rede des Abg. Graf Westarp erlitt die Abg. Frau Fiech (NSDAP) einen Ohnmachtsanfall und mußte aus dem Saale getragen werden.

Abg. Graf Westarp (Dn.): Ich möchte die Aufmerksamkeit von den allgemeinen Redensarten des Reichskanzlers zu einzelnen Fragen ablenken. (Große Unruhe und Zurufe bei der Mehrheit.) Wir protestieren aufs Schärfste gegen die unparlamentarische Behandlung der Antwort an die Reparationskommission. Die Konferenz von Genua ist für uns mehr eine Gefahr, als ein Erfolg. Die neuen Garantien, die wir dem Feindbund anbieten, sind eine objektive Unehrlichkeit. Wir verlangen dieser unmöglichen Politik unsere Zustimmung. Darauf verlegt sich das Haus auf Freitag.

Die Berliner Presse zur Reichstanzlerrede.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Die Berliner Morgenpresse mit Ausnahme der deutschen nationalen Zeitungen, die jeder Zukunft abhold sind, zeigt große Befriedigung über die geistige Regierungserklärung des Reichskanzlers. Selbst die unabhängige „Freiheit“, die sich noch tags zuvor in Agitationsphrasen wühlte, stellt auch dem Reichskanzler Anerkennung und preist u. a. die Antwort auf die Rede des französischen Ministerpräsidenten. Die Furcht, daß die Volkspartei innenpolitisch fast werden könne, vermag das Wort immer noch nicht aufzugeben. Der „Vorwärts“, der die Rede des Reichskanzlers als ein Bekenntnis zu seiner bisherigen Politik bezeichnet, hebt u. a. im Zusammenhang mit dem Kompromiß hervor, daß die Deutsche Volkspartei jetzt eingeleitet hat, daß die Fortführung der Politik der versuchten Erfüllung einer Notwendigkeit ist, und daß man um das sichbare Opfer des Volkes nicht herumkommen. In der Oppositionsrede des Grafen Westarp sieht auch der „Vorwärts“ einen Erfolg für die Erfüllungspolitik, der dem sozialdemokratischen Parteivorstand zu der Ermüdung Anlaß gab, ob man nicht ganze Teile von der Rede als Flugblatt zur Rechtfertigung des Verhaltens der Sozialdemokratie beim Abschluß der Genueverhandlung herausgeben könnte.

Auch das „Berliner Tageblatt“ und die „Vossische Zeitung“ geben ihrer Zufriedenheit mit der Kanzlerrede Ausdruck und kennzeichnen das jüngste Auftreten Dr. Wirths als einen neuen großen politischen Erfolg. Die völksparteiliche „Zeit“ hat ihre bisherige Negation plötzlich aufgegeben und sieht sich veranlaßt, den Worten des Kanzlers Anerkennung zu spenden. Die deutsche nationale Presse lobt naturgemäß über die Zwangsanleihe, deren Höhe in Wirklichkeit den ersten Eingriff in die Substanz bedeute.

Angesichts der Tatsache, daß eine große parlamentarische Mehrheit und mindestens vier Fünftel der deutschen Öffentlichkeit hinter der deutschen Regierung stehen, kann man über die kleinen Schreier um Westarp, Heisterich und Herzt großmütig hinwegsehen. Jedenfalls war die geistige Rede des Kanzlers eine neue Leistung, die der Anerkennung wert ist, um so mehr, als in ihr auch klargelegt wurde, daß der Weg der Erfüllungspolitik der einzig mögliche Weg der deutschen Nachkriegspolitik war und daß nur auf diesem Erfolge gesichert werden könnten.

Der Etat im preußischen Landtag.

Nachdem am Mittwoch der völksparteiliche Finanzminister Dr. von Richter mit einer langatmigen und trockenen Rede den Haushaltsplan vorgelegt hatte, nahmen Donnerstag die Parteien zu der preußischen Gesamtspolitik Stellung. Den Reigen der Redner eröffnete Genosse Heilmann. Er hatte eine Reihe von Ausführungen zu machen und bemängelte vor allem die fehlerhafte Personalpolitik der Finanzverwaltung. Auch die Justiz, das alte Scherzgesand Preußens, machte sich eine scharfe Kritik gefallen lassen. Nach Heilmanns Ausführungen folgten, ohne Neues zu bringen, Ballraff (Dn.) und Hager (Ztr.). Der unabhängige Sprecher Leib, der manchen richtigen Gedanken aussprach, machte diesmal etwas zu sehr Alles-oder-Nichts-Politik. Dr. v. Campe (D. Vot.) bewegte sich in ziemlich nichtbezüglichen Ausführungen und der Kommunist Rogg rief, wie üblich, an der Sozialdemokratie und gab ihr die Schuld, daß Deutschland von Stinnes regiert wird. Den Schluß machte der Demokrat Dejer, der zu den Einheitsgeringen seiner Partei gehört und neben anderen wirtschaftspolitischen Gedanken die Erfüllungspolitik des Reichskabinetts recht wirksam verteidigte. Morgen wird die zweite Redezeit zum Etat sprechen.

Stadermann gestorben.

Der hiesige Landtagsabgeordnete Genosse Stadermann, Führer der Sozialdemokratischen Partei Sachsens, ist im Alter von 52 Jahren einem hartnäckigen schweren Leiden erlegen.

widlung mit dem bekannten Gesellschaftsspiel vergleichen, wobei man keinen Nachbar nach ein Wort ins Ohr flüstert, das von Mund zu Mund ebenso weitergegeben wird. Das Wort heißt zum Beispiel zu Anfang „Kirchenstühle“ und erreicht so: Ende der Reihe als „Kriegserklärung“.

Wir brauchen darum kein Gewicht auf die Erklärungen zu legen, in die unser Mann kein Gehörnis geküßt hat“, fuhr er fort. In dem Augenblick, wo man beginnt, das Gehörnis selbst anzusehen, verlieren auch alle Erklärungen ihren Wert. Das einzige, womit wir uns also zu befassen haben, ist dieses Gehörnis selbst und der Grund, warum es abgelegt worden ist. Wir können da zu der Taktik übergehen, deren sich auch die öffentliche Rechtsprechung in diesem Fall bedient hat: Wir besetzen die Hände hervor, die an der ersten Annahme unterföhren, und da wir anzunehmen, daß die beiden Männer den Nord nicht begangen haben, müssen wir alle nachzuweisen suchen, welche Gründe der eine gehabt haben kann, ein solches unwahres Gehörnis abzugeben.

So sprach der Detektiv und blinzelte sich laufend um. „Wann haben Sie sich um?“ fragte der Kapitän. „Nach einer Zigarette“, erwiderte er.

Nachdem er eine Zigarette erhalten hatte, tauchte er eine Reife nachdenklich vor sich hin, ehe er fortfuhr. Er hatte während seiner Auseinandersetzung dem Kapitän nicht einen einzigen Blick zugeworfen, sondern die ganze Zeit über mit halbgeschlossenen Augen, das Gesicht dem Fenster zugewandt, dagestanden. Als er so im Halbversteil mit seinen schmerzhaften, bewegungslosen Gesicht dabei, hätte er für die verführerische Drogel gehen können, die gekommen war, alle Dinge in Ordnung zu bringen.

Seine Stimme war trocken, hatte aber doch einen eigentümlich eindringlichen Ton. Seine Art zu sprechen, bei der über seinen Jähzorn vollständig hinweg verriet, daß er nicht eine vorübergehende Rebe herlegte, sondern daß seine Schritte aus den Gedankenstrichen hervorgingen, mit denen sein Gehirn beschäftigt war. Je weiter er kam, desto wichtiger wurde ihm jedes Wort, was er sprach. Es war, als habe er mit einer gewissen Gleichgültigkeit begonnen, als habe aber dann seine eig. Darstellung der Sache mit der letzten Worte in die er die Ereignisse sprach eine Gleichgültigkeit unerschütterlich gemacht und seine Teilnahme

Zwangsanleihe: die Kurse sinken.

Die Berliner Börsenkommission die Nachricht von dem Zustandekommen der Zwangsanleihe zunächst mit einer kräftigen Gerabhebung der Devisenkurse. Späterhin trat jedoch eine erneute Aufwärtsbewegung ein. Am 14. notierten: Kassel Newyork 189,78, London 847,5, Holland 73,75. Am Wertpapiermarkt trat im Hinblick auf die Zwangsanleihe Abgeneigung hervor. Die Kurse ermäßigten sich durchschnittlich um 30 bis 40 Prozent. Vereinzelt waren auch stärkere Kursstürzungen zu verzeichnen, aber auch hier trat sehr bald wieder eine Erholung ein.

Der englisch-belgische Schutzvertrag.

„Reit Parisien“ veröffentlicht den Text des geplanten englisch-belgischen Schutzvertrages. Der Entwurf, der augenblicklich der Prüfung des Londoner Kabinetts unterliegt, hat folgenden Wortlaut:

Im Hinblick darauf, daß das belgische Gebiet, das zwischen Deutschland und Frankreich liegt, in besonderer Weise exponiert ist, und im Hinblick darauf, daß Deutschland, um Frankreich anzugreifen, Anfang August 1914 in Belgien eingedrungen ist, sowie im Hinblick darauf, daß Belgien noch unter den durch Einfall und Besetzung verursachten Schäden leidet, haben der englische König und der König von Belgien sich zu folgendem Abkommen entschlossen:

Artikel 1. Im Falle eines direkten und nicht provozierten Angriffes auf Belgien wird Großbritannien Belgien sofort mit allen seinen Streitkräften zu Wasser, zu Lande und in der Luft zu Hilfe eilen.

Artikel 2. Belgien wird alle seine militärischen und Luftstreitkräfte verwenden, um seine Grenzen im Falle eines Angriffes oder einer Verletzung seines Territoriums zu verteidigen. Belgien wird keinen Vertrag schließen oder kein Abkommen treffen, das mit diesem Abkommen unvereinbar ist.

Der reaktionäre amerikanische Gewerkschaftsbund.

Reuter meldet aus Washington, daß der Präsident des amerikanischen Arbeiterbundes, Compers, namens der organisierten Arbeiterkraft der Vereinigten Staaten dem Präsidenten Harding einen Protest gegen die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Konferenz von Genua unterbreitet hat, mit der Begründung, daß die Anwesenheit der Sowjetdelegierten auf dieser Konferenz die praktische Anerkennung der Sowjetregierung bedeuten würde.

Regierungswechsel in Oesterreich.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Der österreichische Bundeskanzler hat nach der gestrigen Abstimmung über den Vertrag von Lana, den die Großdeutschen ablehnten, mit der gelamten Regierung demissioniert. Für den Vertrag stimmten die Christlich-Sozialen und die Sozialdemokraten, die 104 Stimmen aufbrachten. Wie verlautet, beabsichtigen die Christlich-Sozialen, Schöber auch neuerdings wieder mit der Neubildung der Regierung zu betrauen. Sollte Schöber ablehnen, so wird mit einer Kandidatur Dr. Magr gerechnet, der aber auch ohne dies für das Auswärtige Amt in Aussicht genommen ist. (Dr. Magr war bereits einmal Bundeskanzler. Er ist der Führer der Christlich-Sozialen und ein sehr vorsichtiger, dem Ententebrud äußerlich Rechnung tragender Außenpolitiker. Red.)

Der österreichisch-tschechische Vertrag.

Aus Wien wird gemeldet: Der Nationalrat hat das politische Abkommen mit der Tschechoslowakei in namenhafter Abstimmung mit 104 Stimmen der Sozialdemokraten und Christlich-Sozialen gegen 28 Stimmen der Großdeutschen angenommen.

Englische Anleihe für Oesterreich?

„Reformers Gazette“ meldet, daß die britische Regierung die Gewährung einer Anleihe von 24 Millionen Pfund an Oesterreich erwäge. Als Sicherheit für diese Anleihe würden die österreichischen Zölle dienen. Die Wiener Regierung würde neben beschriebenen Garantien betreffend die Verwendung der Anleihe, wie verlautet, auch die Beaufichtigung bei dem Werk des Wiederaufbaues zulassen. Wenn Lloyd George und das britische Kabinett dem Vorschlage des Schatzamtes zustimmen, so würde das Geld der österreichischen Regierung durch die Anglo-Oesterreichliche Bank vorgestreckt werden. Die Anleihe werde eine rein britische, nicht alliierte Anleihe, sein.

Erzwingener Boykott der Rigaer Kommunalverwaltung durch die Deutschen.

Riga, 24. Januar. (Drahtbericht.) In den Protestversammlungen, welche der Ausschuß der deutschen Parteien Lettlands gegen die unmotivierten Entlassungen deutscher Beamter aus der Rigaer Stadverwaltung veranstaltet hat, wurde der Beschluß gefaßt, daß sämtliche deutschen Stadtverordneten und Stadträte zur Antwort auf diese Verletzung der Rechte der deutschen Minorität von ihren Ämtern zurücktreten müßten.

befeuert und, wie ein Strahlenbündel, neue Gedankengänge und neue Schlüsse aufleuchten lassen.

„Wenn ich Sie recht kenne, so gibt es keinen schärferen Verfolger als Sie“, sagte der Kapitän. „Sie erkennen bereits eine Spur, Sie haben die Witterung.“

„Das ist richtig“, behauptete er, mit seiner trockenen ausdruckslosen Stimme. „Aber ehe ich tiefer in dieses Rätsel eindringe, muß ich mir erst klar darüber werden, warum der Mann gestanden hat. In jener Nacht zum ersten Dezember muß etwas in der Apotheke vorgefallen sein. Das geht deutlich aus Ihrem Briefe hervor.“

„Aus meinem Briefe?“ fragte der Kapitän erstaunt. „Ich habe Sie doch nur gebeten, hierher zu kommen.“

„Ja wohl“, erwiderte er. „Aber Sie haben zwei Briefe geschrieben, einen an mich und einen an den Justizminister.“

Fünftzehntes Kapitel.

Der Kapitän war sehr erstaunt, als er vernahm, daß Detektiv I. etwas von seinem Brief an den Minister wußte.

„Das ist richtig“, sagte er. „Ich habe einen Brief an den Minister geschrieben, dessen Sache es ist, für diese Menschen einzutreten. Aber ich verstehe nicht, woher Sie das wissen können.“

„Sie vergessen, daß mir bereits das Verhörprotokoll mitgeteilt worden ist. Ich habe mich also mit der Polizei schon ins Einvernehmen gesetzt, und der Minister hatte den Brief der Polizei übergeben. Ich erkannte gleich Ihre Handschrift, behielt aber das Geheimnis für mich. In diesem Briefe haben Sie auf den Umstand aufmerksam gemacht, daß die beiden Männer am Morgen des ersten Dezembers in der Stadt angefangen sind, und daß ich dadurch ihr Alibi beweisen lasse. Nun gut, durch das Zusammenhalten aller Umstände, die ich ihnen schon vorgetragen habe, bin ich zu dem Schluß gelangt, daß hier am Abend des dreizehnten Novembers irgend etwas vorgefallen sein muß, was den einen Volanten betraf, hat, eine Art von Gehörnis abgelegt.“

Nun erinnerte sich der Kapitän an das, was ihm der Apotheker Krogmann während des Ganges vom Bahnhof bis zur Apotheke erzählt hatte — von dem geheimnisvollen Wesen, das den Abend vorher den Versuch gemacht hatte, in die Apotheke einzudringen und das zu diesem Zweck angefangen hatte, Löffel rund um das Schloß der Augentür zu drehen.

Die Neuordnung in der „Ostmark“.

Der amtliche Preussische Pressedienst teilt mit:
Der im preussischen Ministerium des Innern ausgearbeitete Gesetzentwurf über die Neuordnung der kommunalen Verfassung und Verwaltung in der Ostmark ist nunmehr, nachdem das Preussische Staatsministerium seine Zustimmung erteilt hat, dem Staatsrat zur gutachtlichen Prüfung zugegangen. Die Gesetzesvorlage sieht entsprechend den Wünschen der Bevölkerung einmal die Bildung einer Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen aus den westlich des sogenannten polnischen Korridors gelegenen Teilen der Provinz Westpreußen und den bei Preußen verbliebenen Restteilen der Provinz Posen vor. Fernerhin soll die Vereinigung der Ostmark der Weichsel gelegenen Teile der Provinz Westpreußen mit der Provinz Ostpreußen erfolgen. Schließlich werden die an das Memelgebiet angrenzenden Kreise, die durch die neue Grenzführung Teile ihres Gebietes verloren haben, neu gestaltet.

Anmeldung von Entschädigungsanträgen.

Die der amtliche Preussische Pressedienst teilt mit, ist die Frist zur Einreichung der Entschädigungsanträge nach dem Verdrängungs-, dem Kolonial- und dem Auslandsbeschäftigungsgesetz bis zum 30. Juni 1922 verlängert worden.

Religionsbekenntnis bei polizeilichen Anmeldungen.

Die der amtliche Preussische Pressedienst teilt mit, hat eine Umfrage des Ministers des Innern ergeben, daß die Angabe des Religionsbekenntnisses in den für Reisende vorgeschriebenen An- und Abmeldeformularen und in den Fremdenbüchern nur noch an wenigen Orten verlangt wird. Auch hier wird Anwendung ergehen, daß dies künftig nicht mehr geschieht.

Nach Artikel 136 der Reichsverfassung werden die staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten durch die Ausübung der Religionsfreiheit nicht beschränkt. Nach Absatz 3 dieses Artikels ist niemand verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren. Die Behörden haben jedoch soweit das Recht, nach der Zugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft zu fragen, als davon Rechte und Pflichten abhängen oder eine geschäftlich angeordnete statistische Erhebung dies erfordert. Gestützt auf diese Vorschriften der Reichsverfassung vertritt der Minister, daß die Angabe des Religionsbekenntnisses für solche Personen notwendig ist, die an einem Ort dauernden Aufenthalt nehmen.

Die russische kommunistische Taktik gegenüber den ausländischen Sozialisten.

Textjoki, 24. Januar. (Drahtbericht.) Wie der Korrespondent des Ostpreußen aus zuverlässiger Quelle erfährt, ist anfänglich der auf den 2. Februar d. J. anberaumten Tagung der kommunistischen Internationale aus führenden Kreisen der russischen kommunistischen Partei der Antrag gestellt worden, die Angriffe auf die ausländischen Arbeiterführer zu mildern und zwar wegen ihres Einflusses auf einige Regierungen Westeuropas, von denen die Anerkennung der Sowjetregierung abhängt. Auch müsse die kommunistische Internationale danach streben, ihr Bestreben bei den breiten Massen wieder herzustellen. Auf einer Petersburger Kommunistenversammlung erklärte der Vorsitzende der Exekutive der kommunistischen Internationale Sinowjew, eine Verständigung der R.K.P. mit den russischen Sozialdemokraten (Wenschewisten) sei angestrebt. Die Schwäche überläßt, die Kommunisten würden die Wenschewisten weiter bekämpfen. Mit den ausländischen Sozialdemokraten wären Vereinbarungen möglich, doch würde auch dort auf die Spaltung hingearbeitet werden, wenn es dafür Zeit sei.

Eine „Polnische Staatspartei“.

Warschau, 24. Januar. (Drahtbericht.) Es wird darauf hingearbeitet, im Rahmen einer Fusion des bisherigen „konstitutionellen“ und des „bürgerlichen“ Klubs zu einer neuen sogenannten „Polnischen Staatspartei“ zustande zu bringen. Die Anregung hierzu geht von dem Ministerpräsidenten Bonikowski und dem Minister des Innern Domanowicz aus; dabei handelt es sich darum, dem wachsenden Einfluß der Nationaldemokraten in den bürgerlichen Kreisen entgegenzuwirken. Von nationaldemokratischer Seite wird die in Gründung begriffene neue Partei als Anzeichen dafür hingestellt, daß die ehemaligen Aktivisten zielbewußt auf einen Umsturz in der Außenpolitik Polens hinarbeiten.

In hiesigen politischen Kreisen werden die bestehenden Tendenzen gegen den Anschluß an die Kleine Entente viel besprochen; dieser Kombination wird ein künftiges Zusammengehen mit Ungarn und mit Desterreich, unbeschadet des Bündnisses mit Frankreich, entgegengesetzt.

Aus aller Welt.

Eine verfallende Stadt. Eine Stadt, die langsam verfallt, ist Soranton in Pennsylvania, der Mittelpunkt eines großen Kohlenbergwerkes, das hauptsächlich vorzüglichem Anthrazit liefert. Die Stadt, die eine Bevölkerung von 137 000 Seelen hat, kürzt nach amerikanischen Berichten langsam zusammen. Viele Häuser sind bereits eingestürzt und eine Anzahl von Menschen ist unter ihnen begraben worden. Gegenwärtig sind 300 Häuser bedroht, und die ganze Stadt, in der sich diese Gebäude befinden, ist wegen der Einsturzgefahr verlassen. Die Beunruhigung der Bevölkerung wird durch unerbittliches Dröhnen verstärkt und durch einzelne Erdstöße wie bei einem Erdbeben. Besonders gelitten hat der Stadtteil, der „Minoosa-Dorf“ heißt. Dieser Stadtteil ist von den schwersten Erschütterungen heimgesucht, und man verlor durch steter Arbeit, die man den wackelnden Gebäuden zuflügen und dadurch das Unheil aufzuhalten.

Eine Hochzeit ohne Brautgänger. Ein schon ziemlich bejahrtes Mädchen in Reddinghausen hatte endlich einen Mann gefunden, der ihr die Hand zum Eheband reichen wollte. Alle Vorbereitungen zur Hochzeit waren getroffen, das Aufgebot bestellt, und am Abend vorher waren die angehende junge Frau, die Brautzeugen und die Freunde des Paares geladen, um den Abschied vom Junggesellenstand zu feiern. Auf die Hauptperson, den Brautgänger, wartete aber die Gesellschaft vergebens. Er hatte sich dünne gemacht und soll den Staub Reddinghausens von den Pantoffeln geschüttelt haben.

Eine Fallmünderbande, die in falschen Fünfguldenstücken ungefähr acht Millionen Mark in Umlauf gebracht hatte, hatte sich gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zu Berlin zu verantworten. Der Buchdrucker Friedrich wurde zu sechs Jahren Zuchthaus, der Buchdrucker Fischer zu einem Jahre Zuchthaus, der Buchdrucker Gähler zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus, der Photograph Jorjatz zu zwei Jahren Zuchthaus, der Händler Gogor zu vier Jahren sechs Monaten Zuchthaus und der Händler Bergweg zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Von den übrigen sieben Angeklagten erhielten fünf Gefängnisstrafen; zwei wurden freigesprochen.

Reiter Spiel. Eine Eifersuchtszene hat sich kürzlich in der Freiburger Festhalle während einer Veranstaltung zugezogen. Ein verheirateter Privatangehöriger namens Schwenter und ein verheirateter Zigarrenhändler unterhielten hier Beziehungen zu einer geschiedenen Frau. Als diese an dem fraglichen Abend ihre beiden Ehepartner in der Festhalle aufzufinden sah, schickte sie sich in den Frauenabteil, vor dem es zwischen den beiden Männern zu einer Kauferei kam. In deren Verlauf zog der Privatangehörige einen Revolver, der aber in dem Augenblick, als er loszugehen, von einem Dritten gefaßt wurde, so daß die Kugel ihr Ziel verfehlte.

Gewerkschaftsbewegung.

Was erzählen die Vertreter des Reichsverbandes in Schlesien?

Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben:
Der Geschäftsstellenleiter Kieger-Breslau behauptet 1. im Rundschreiben (Beispiel: Behördenangestellte in Neumarkt!) der Zentralverband der Angestellten sei eine kommunalistisch geleitete Gewerkschaft! 2. Die Vertreter des Zentralverbandes schreiben sich die von Herrn Kieger errechneten Gehaltstabellen für die Kommunalangestellten ab! Ortsgruppenleiter Tutewohl-Neustadt O.S. erklärt, der Vertreter des Zentralverbandes der Angestellten, Gaußkreter Wonneberger-Breslau, habe Angestelltenrat getrieben, indem er die Gehaltstabellen für den Bezirksrat Kieger für die Kommunalangestellten vom 30. September 1921 vor der Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband mit diesem vereinbart habe, da ihm Herr Landrat von Ellert-Neisse persönliche Vorteile angeboten habe! Tutewohl will dies mit einer Unterbrechung begründen können, die zwischen Herrn Wonneberger und Herrn Landrat von Ellert im Anschluß an die Tarifverhandlungen unter vier Augen stattgefunden hat! Was ist die Wahrheit? Zu Behauptung Nr. 1: Jeder mit der Materie halbwegs vertraute Angestellte weiß, daß es ausgeschlossen ist, daß der 3. d. V. kommunalistisch geleitet sein kann, da kommunalistische Parteipolitik eine Zerlegungsgefahr für alle Gewerkschaften, also auch für den 3. d. V. ist. Warum erzählt Herr Kieger derartige Märchen? Entweder aus Unkenntnis der Materie oder aus dem Bestreben, Mitglieder für den Reichsverband zu werben und weil ihm bessere, wahrheitsgemäße Argumente für seine Ausführungen fehlen. Wie beurteilen andere Vertreter des Reichsverbandes derartige Behauptungen des 3. d. V.? Herr Bloch vom Reichsverband erklärte am 11. Oktober 1921 als Disziplinarredner in Sprittau: Leute, die dem 3. d. V. derartige Unwahrheiten andichten, als Schafstöpfe. Da auch die Vertreter des Reichsverbandes in Frankfurt am Main und an anderen Orten dem 3. d. V. die gleichen Vorwürfe gemacht haben, weisen die Vertreter des Herrn Bloch auf die übrigen Führer des Reichsverbandes ein recht sonderbares Licht!

Zu Behauptung 2: Wahr ist, daß sich Herr Kieger die Ottobertabelle zum mittelschleisischen Bezirksrat für Kommunalangestellte während der Sitzung mit dem Arbeitgeberverband am 29. September 1921, die von den Vertretern des 3. d. V. Sutab und D. W. B. für die 3 in Betracht kommenden Angestelltenkategorien errechnet und vom Arbeitgeberverband angenommen wurde, vom Vertreter des Sutab, Herrn Engelmann, abschreiben mußte, weil er keine Ahnung von der Aufstellung und Errechnung der Gehaltsätze hatte, trotzdem Herr Kieger zu den Verhandlungen jedesmal erschienen war. Wahr ist ferner, daß Herr Kieger dem Arbeitgeberverband keine selbst errechnete Tabelle vorgelegt hatte, trotzdem er dies dem Vertreter des 3. d. V., Herrn Wonneberger, ausdrücklich versichert hat! Auch ist es Wahrheit, daß die Bezirksratverhandlungen für Kommunalangestellte im Bezirk Breslau, Liegnitz und Neisse von den Vertretern der freien Gewerkschaften geführt werden, was sämtliche Verhandlungsteilnehmer bezeugen müssen, und daß die Vertreter des Reichsverbandes sich mit kleinen Rollen, namentlich der Statistikerrolle, häufig abfinden müssen.

Was ist an dem Märchen des Herrn Tutewohl wahres? Nichts! Herr Tutewohl hat in Neustadt vor Zeugen Herrn Wonneberger in öffentlichem Munde behauptet, daß er das Märchen über den Angestelltenrat verbreitet hat. Wahr ist, daß der Bericht über die Annahme der Tabelle vom 30. September nicht von den Verhandlungsvertretern, sondern von den anwesenden Angestelltenvertretern unter Mitwirkung des Herrn Tutewohl gemacht wurde. Es entspricht der Wahrheit, daß zwischen Herrn Landrat von Ellert und Herrn Gaußkreter Wonneberger nach Schluß der Tarifverhandlung im Amtszimmer des ersteren eine Sonderbesprechung stattfand. Diese erstreckte sich einzig und allein auf Erhaltung von Kosten an das Reichsarbeitsblatt und die Befolgung der Beschlüsse des Magistrats Riegenhals, was Herr Landrat von Ellert erforderlichfalls bestätigen kann. Privatnachrichten sind zwischen diesen beiden Tarifkontrahenten niemals erörtert worden. Des Weiteren verbreitet der Reichsverband in Neustadt das Märchen, der Reichsverband habe als erster die gegenwärtig schwebenden Verhandlungen über den Bezirksrat Kieger für die Kommunalangestellten ins Rollen gebracht. In Wirklichkeit ist aber der Antrag an den Arbeitgeberverband von den Vertretern des Sutab, D. W. B. und 3. d. V. entworfen und von Herrn Kieger mit unterzeichnet worden.

Angestellte!

Der Ernst der Zeit, die wirtschaftliche Notlage muß Euch erkennen lassen, daß Ihr in Gewerkschaften gehört, die für Euch positive Arbeit leisten. Nehmt Euch an der Mehrzahl Eurer Berufskollegen ein Beispiel, die bereits erkannt haben, wo sie Hilfe finden! Retet ihnen! Trete ein in die freien Gewerkschaften! Büroangestellte in den Zentralverband der Angestellten, (3. d. V.); Techniker in den Bund technischer Angestellten und Beamten (Sutab); Werkmeister in den Deutschen Werkmeisterverband, (D. W. B.). Auskunft erteilen nachstehende Geschäftsstellen:

Im Auftrage des Afa-Bundes:

Die Leitung des Zentralverbandes der Angestellten, Breslau I, Margaretenstraße 17, IV.
Die Geschäftsstellen des Sutab und Deutschen Werkmeisterverbandes, Breslau, Vorwerkstraße 57a.

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten hat vorigen Freitag den Entwurf eines Gesetzes über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat beraten und empfiehlt die Annahme mit einigen Verbesserungen. Nach dem Betriebsratsgesetz werden in den Unternehmungen, für die ein Aufsichtsrat besteht, 1 oder 2 Betriebsratsmitglieder in den Aufsichtsrat entsandt. Die Art sollte durch ein besonderes Gesetz geregelt werden. Dies ist in dem jetzt vorliegenden Entwurf vorgesehen. Danach soll als Aufsichtsrat der Aufsichtsrat, der für Aktiengesellschaften usw. in den für sie maßgebenden Gesetzen als Aufsichtsrat bezeichnet ist. Eine besondere Schwierigkeit liegt in dieser Beziehung bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung, weil sie nicht, wie die anderen beteiligten Betriebe, zur Bildung eines Aufsichtsrates verpflichtet sind, sondern nur das Recht zu dieser Einrichtung haben. Ueberflüssige Unternehmer waren daher der Meinung, daß diese Gesellschaften nur ihren Aufsichtsrat anders zu benennen brauchen, um sich der Aufnahme eines Betriebsratsmitgliedes in ihren Aufsichtsratsauschuß zu entziehen. Die Sozialdemokraten beantragten, daß entsprechend einem Antrage des vorläufigen Reichswirtschaftsrates ungewissermaßen diese Auslegung ausgeschlossen werde. Es wurde dann auch in das Gesetz der Zusatz eingefügt, daß als Aufsichtsrat stets der Aufsichtsrat gilt, der tatsächlich die Aufgaben eines solchen zu erfüllen hat, ohne Rücksicht darauf, ob er im Gesellschaftsvertrag als Aufsichtsrat bezeichnet wird oder nicht. Zwei Betriebsratsmitglieder sollen entsandt werden, wenn nach dem Gesellschaftsvertrage mehr als drei Aufsichtsratsmitglieder sein können oder beide Arbeitnehmergruppen, Arbeiter und Angestellte, vertreten werden sollen. In allen übrigen Fällen ist nur ein Betriebsratsmitglied zu entsenden. Gewählt werden die Mitglieder von den Betriebsräten. Die Wählbarkeit sollte stark eingeschränkt werden. Jedoch gelang es den Sozialdemokraten, die Beschränkungen zu beseitigen. Ebenso wurde auf Antrag der Sozialdemokraten festgelegt, daß in den Fällen, wo zwei Mitglieder zu wählen sind, beide Gruppen, also sowohl Arbeiter als auch Angestellte, vertreten sein müssen, wenn die kleinere Gruppe zwei und mehr Mitglieder hat. — Das Gesetz soll am 1. Februar d. J. in Kraft treten. Schließlich beantragten die Sozialdemokraten den Zusatz zum Betriebsratsgesetz:

„Bei den bergrechtlichen Gewerkschaften, für die ein Aufsichtsrat nicht besteht, werden ein oder zwei Betriebsratsmitglieder in den Grubenrat entsandt, für die im Übrigen die Bestimmungen des Gesetzes gelten.“
Der Antrag wird in einigen Tagen beraten werden.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Ein Kriegervereinsfest.

Am 21. d. M. fand in Bilsitz, Kreis Breslau, im Lokal des Herrn Hellmann ein Kriegervereinsfest statt. Der Mittelpunkt des Festes war eine Rede des Herrn Dr. Klaus. In seinen Ausführungen forderte Dr. Klaus die Anwesenden, Arbeiter wie Bauern, auf, fleißig zu arbeiten in der Werkstatt und auf dem Felde.

Während der Rede ging der Gutsinspektor im Saale herum und forderte die jungen Damen auf, sobald Dr. Klaus aufhöre zu reden, das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ anzustimmen, damit es nicht so aussehe, als wenn er dazu auffordert. Nachdem das Lied verklungen, spielte die Kapelle „Heil Dir im Siegerkranz“ und alles sang stehend mit. So denken sich die Herren den Wiederaufbau des Vaterlandes. Und in solch einem Verein sind auch noch Arbeiter Mitglieder. Hoffentlich haben die anwesenden Arbeiter gesehen, daß diese Vereine nur den Zweck verfolgen, die Republik zu verunglimpfen und Propaganda für die Monarchie zu machen, also den Boden für neue Kriegervereine, Dreiklassenwahlrecht, Gefängnisstrafe usw. vorzubereiten.

Darum ihr Arbeiter, heraus aus dem Kriegerverein und hinein in die SPD. Allen aber, die sich für den Kriegerverein interessieren, empfehlen wir die Lokaltätten des Herrn Hellmann, der ein eifriger Förderer dieser Sache ist.

Herrnprotisch. Heil dir im Siegerkranz. Am Sonntag feierte der Marktschwarz-Herrprotischer evangelische Frauenverein ein Winterfest, das ihm wahrlich niemand mitging. Das harmlose Vergnügen hatte aber ein eigenartiges Zwischenstück, und man war doch nicht ganz unter sich, denn zahlreiche Einladungen an Nichtmitglieder waren ergangen. Zum Tanzen gehören doch Herren. Ueber diesen Vortrag gab es noch was besonderes: Der Bezirksleiter veranlaßte „Deutschland über alles“ (schade um den Mißbrauch). „Ich bin ein Preuße“ und „Heil dir im Siegerkranz“, mit Musik. Man sagt sich es was kosten vom Gelde der Republik. Niemand nimmt es übel, wenn sich ein alter Herr nicht mehr umtrempelt, aber soviel Anstand muß ein Beamter der Republik haben, daß er nicht öffentlich monarchistische Demonstrationen veranstaltet. Vielleicht hätte er auch die Zeitung verhindern können?

Aus der Provinz Schlesien.

Neuwahl der Bezirksausschüsse in Breslau und Liegnitz.

Das Preussische Staatsministerium hat den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Neuwahl der Bezirksausschüsse in Breslau und Liegnitz, dem Landtage überreicht.

Eine vollständige Neubildung des Provinzialausschusses ist derzeit noch nicht möglich, weil Neuwahlen für Oberschlesien noch nicht vorgenommen werden können. Ebenso wenig kann im gegenwärtigen Augenblick eine Trennung des gemeinschaftlichen Provinzialausschusses in Frage kommen. Da aber in der Provinz Niederschlesien eine Neuwahl der gewählten Mitglieder der Bezirksausschüsse dringend wünschenswert erscheint, ist ein besonderes Gesetz notwendig. Als Wahlkörper ist ohne weiteres das Kollegium der von dem Provinziallandtage der Provinz Niederschlesien gewählten Mitglieder des gemeinschaftlichen Provinzialausschusses gegeben, das auch schon gemäß § 10 des Gesetzes vom 2. Juni 1921 über die Bestellung von Mitgliedern des Reichsrates durch die Provinzialverwaltungen für die Wahl des Reichsratsmitgliedes an die Stelle des Provinzialausschusses getreten ist. Die Dauer der Wahlzeit der demgemäß neu gewählten Mitglieder der Bezirksausschüsse richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen; sie trägt gemäß § 28 Abs. 5 in Verbindung mit § 11 des Landesverwaltungsgesetzes 6 Jahre.

Die näheren Bestimmungen über die Durchführung der Wahlen, die Geschäftsordnung des Kollegiums usw. wird der Minister des Innern auf Grund der Ermächtigung in § 3 des Gesetzesentwurfes im Wege der Ausführungsverordnung erlassen.

Peter Gruper

macht einen Selbstmordversuch.

Der in der Kleppelsdorfer Nordbahn zweimal zum Tode verurteilte Architekt Peter Gruper unternahm im hiesigen Gerichtsgefängnis einen Selbstmordversuch. Er versuchte sich zu erhängen, konnte aber durch das rechtzeitige Eingreifen eines Gefängnisbeamten gerettet werden.

Wohnungsbau und Baustofffrage.

Der amtliche Preussische Pressedienst schreibt:
Infolge der weiteren Steigerung der Lohn-, Transport- und Baukosten wird der Wohnungsbau in der kommenden Bauperiode auf erneute Schwierigkeiten stoßen.

Um den möglichen Baustoffmangel, vor allem dem Mangel an Ziegeln zu begegnen, wird es daher vielleicht notwendig sein, in vermehrtem Umfang auch auf andere bewährte Baumaterialien zurückzugreifen. Unter den Naturbaumaterialien wird der Lehm, vor allem auf dem Lande, Bedeutung behalten, namentlich dort, wo Lehm auf der Baustelle vorhanden ist und andere Baustoffe wegen hoher Transportkosten nicht herangebracht werden können. Neben dem Lehm haben sich, wie in einem auffälligen Grad der preussischen Minister für Volkswirtschaft herangezogen ist, auch eine Reihe anderer Baumaterialien als wirtschaftlich und brauchbar erwiesen, besonders die Baumaterialien mit Ziegelhochmauerwerk und Hohlsteinen, mit Schlackensteinen und Schlackenbeinen. Um die mit diesen Baumaterialien gewonnenen Erfahrungen zu erweitern, zu sammeln und der Bauwirtschaft nutzbar zu machen, sollen die vom Minister für Volkswirtschaft begründeten Beratungsstellen für Naturbaumaterialien ausgebaut und ihre bisher auf die Förderung der Lehmbaumaterialien beschränkten Aufgaben auf das gesamte Gebiet der wirtschaftlichen Baumaterialien ausgedehnt werden. Ihre Bezeichnung wird demnach künftig in „Bauwirtschaftliche Beratungsstellen“ geändert.

Bei ihrer Aufklärungsarbeit sollen künftig auch die hiesigen Ortsbaubeamten mitwirken, die bei ihrer prüfenden und beratenden Tätigkeit Gelegenheit haben, die Verbindung zwischen den Bauämtern und den Beratungsstellen zu vermitteln.

Unsere Valuta.

Es wurden an der Berliner Börse gekauft:

	29. 1.	30. 1.
1 amerikanischer Dollar	199,85	202,79
1 englischer Pfund	846,66	862,10
1 französischer Franc	16,38	16,56
1 holländischer Gulden	78,66	77,43
1 Schweizer Franken	88,96	89,36
100 österreichische Kronen	5,48	5,48
1 dänische Krone	3,68	3,80
1 baltische Krone	40,21	40,88

Elegante Damen

u. Herren verdanken ihre blütenreine, sämmerweiche Haut nur KOMBELLA Creme Extra mit dem wundervollen Duft nach Orangen-Weiße Rosen-Syringa oder Phantasie. Überall erhältlich!

Im Beiprogramm: Neu-Erstaufführung Henny Porten dieses Mal als Mann-Ersatz die köstliche Parodie auf Die Heimkehr des Odysseus Ein Spiel von Lust und Leid der Liebe, in dem die Porten vereint mit Bruno Decarli und herrliche Naturaufnahmen blendend wirken. Täglich 3 Uhr.

10 Millionen

Romane wurden in kurzer Zeit vergriffen des Schlagers

Halbjungfern

nach dem Original-Sittenromane Halbe Unschuld. Das französische Meisterwerk von Marcel Prevost Der große Sittenschlager mit Erika Glässner Eine hervorragende Neuaufführung für Schlesien. Ein Bild aus jenen Kreisen, wo man aus Laagewelle schlägt.

Berlin stürmt

3. Woche verlängert! Ein Skandal im Warenhaus P. Die kleine Midinette Erlauschtes aus der Konfektion! Ein Blick durchs Schlüsselloch ins Schlafzimmer eines Junggesellen.

Alles flüstert

die bekannten Namen der Beteiligten Die Geliebte des Warenhaus-Königs Im Filmroman: Die Geliebte Roswolskys Ein Skandal in Berlin Asta Nielsen und Paul Wegeners übermoderne Regiekunst schufen ein Sittenbild — seltener Wirkung.

Familiennachrichten

Deutscher Transportarbeiter - Verband. Am 24. Januar verstarb plötzlich unser Mitglied August Simon im Alter von 42 Jahren. Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau. Beerdigung: Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Nikolai-Kirchhofes in Cosel.

Am Mittwoch, den 23. Januar, verstarb die Frau unseres Kollegen Haha Frau Elise Hahn geb. Berneri im Alter von 26 Jahren. Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahren Die Mitglieder der Schärpenkassa G. W. 4. Beerdigung findet Sonnabend, nachm. 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Mauritius-Kirchhofes aus statt.

Wehmütige Erinnerung am Todestage meiner teuren, unvergesslichen Mutter Albertine Eckardt geb. Strietzel. Geb. am 21. Juli 1845. Gest. am 27. Januar 1921. Ein Jahr verging, seit ich im tiefsten Schmerz hinaus zum Friedhof meine Schritte lenkte, Und Dich, Du unerschütterliches Mutterherz, In Deine stille Grabkammer senkte. Denn ob auch Jahre noch auf Erden hier Ich wandere, sei's in Freude oder Schmerz, Die teuren Mutterherz bleibt für und für Ein treu Gedächtnis doch in meinem Herzen! Gewidmet von Deiner trauernden Tochter Hulda Röhrich, geb. Eckardt, Posener Straße 22, II. Etg.

Bekanntmachung. Am 1. April 1922 werden alle Kinder schulpflichtig bis zum 30. September des 6. Lebensjahr vollenden. Diese Kinder sind alsbald, spätestens aber bis zum 1. März, bei dem Rektor der zuständigen Volksschule anzumelden; dabei sind die Geburtsurkunde, der Taufschein und der Taufschein vorzulegen. Über die religiöse Erziehung bestimmt in der Regel die freie Erziehung der Eltern und nach dem Tode eines Elternteiles der andere allein; über die religiöse Erziehung mehrerer Kinder entscheidet die Mutter. In Zweifelsfällen erteilt das Büro IV a, Gartenstraße 3, Gartenstraße 3, Leipzig, Zimmer 35, Auskunft. Die Entscheidungen über die religiöse Erziehung sind beim Rektor der zuständigen Schule oder im Büro IV a abzugeben. Kinder, die noch nicht schulpflichtig sind, kann die Schuldeputation auf ein Jahr zurückstellen; dem Antrag ist ein schriftliches Zeugnis beizulegen. Für solche Kinder sind die Schulferienzeiten eingeteilt, die im Gartenstraße 15, Gröbischer Straße 90, Reichenstraße 5 und Berliner Straße 60 befinden. Anmeldungen nehmen die Vertreterinnen der Schuldeputation, sowie das Magistralbüro IV, Gartenstraße 3 II, Zimmer 9 a, entgegen. Tauschungen von Kinder Plätzen, die bis zum 31. März 1922 des 4. Lebensjahr vollendet haben und nicht in einer Schule untergebracht sind, sind in dem Magistralbüro IV, Zimmer 6, anzugeben. Die Schuldeputation.

Otto Stiebler

Zwingerplatz 5 und Filialer empfiehlt seinen „bewährten“ Elektoral

Ist mit Milch und Zucker bereitet, einen guten Frühlingskaffee darstellt

Elektoral enthält 25% reinen Bohnenkaffee 75% besten Kaffeesatz fix und fertig zum Aufguss

1 Pfund 10.- Mark

Elektoral ist bei den heutigen hohen Kaffeespreisen für die Hausfrau das gesuchte, preiswerte Frühlingsgetränk.

Vereinigtes Theater in Breslau. Direction: Feal Bernas. Lobe-Theater, U.S.A. Thalia-Theater. Freitag, 27. Januar, 7 1/2 Uhr: Ausgewählte Gruppe F „Der Feldherrnhügel“ Sonnabend, 28. Jan., 7 1/2 Uhr: „Das Weib auf dem Stier“

PALAST Theater

Beginn 4, 6, 8 Uhr! Sonntag ab 3 Uhr! Nur Freitag bis Sonntag: Der große Wild-West-Amerikaner Eddie Polo der amerikanische Harry Piel Schlüsselszenen Büchse und Lasso Gefangen — gehangen oder: 6 Akte Auf dem Pulverfab oder: Sittenschlager der Rache 6 Akte

ZEPTEKINO

Nur bis Montag! Eddie Polo und Albertini Neueste Episoden und Fortsetzung: Der geheimnisvolle Talch Nebeljagd Sanditenhöhle — Rätsel der Unterwelt — Blendwerk der Wüste Albertini: Kapitän Sazone die Todesleiter 6 Akte

Kaiser-Lichtspiele Kronprinz

Ab heute: Großstadtmädels 1. Teil Sittenschlager am Berlin W in 6 Akten Henny Porten Reinhold Schünzel in Höhenluft Lustspiel in 4 Akten Vorverkauf: Ab 2. Februar Großstadtmädels 2. Teil In beiden Theatern erstklassige Musik.

Frauen Störungen

Der wahre Jakob Hof 1,30 Mk. Möbel Garsunsky & Co.

Stadt-Theater. Freitag 7 Uhr: Zweites Gastspiel des Kamerajüngers Kästlitzigen Lannhäuser. Sonnabend 7 Uhr: Der Falschspieler. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Die Jungfrauen. Dienstag 7 1/2 Uhr: Die Langgräfin.

Schanpielhaus. Operettenbühne. Tel. Ring 2545. Heute u. morg. 7 1/2 Uhr Die Straßengängerin. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Der letzte Walzer. Dienstag 7 1/2 Uhr: Die Langgräfin.

Liebig-Theater. Täglich 7 1/2 Uhr: Das große Januar-Programm. Bei best. Periodenförderung bedingten Frauen nur meine nützlichen Mittel. Billigste Preise in Gummiwaren Strickwaren, Strümpfen, Leib- und Monatsbinden. Katalog gegen 2.- Mk. Karte Frau G. Zander, Waisenstr. 9096 Breslau 9. Selbstverlag 28, 1. Stock an der Reichenstraße.

Salt! Wo kauft ich meine Anzüge Schuhe-Wäsche Wollwaren am billigsten? Im Ein- u. Verkaufsgeschäft Lannengasse 3.

Zu kaufen gel. Alt-Metalle. Kinderwagen. Zinnmetalle.

In den meisten Fällen Schmerzloses Zahnziehen! R. Barthelt, Poststr. 1 für Ohlaustraße 10037. Textilfirma Tuch Teilhaber. 10337. Zuleitung unt. G 729 Schnp. Polkwacht, Breslau III.

Die allerbilligsten Anzüge Cutaways gestr. Hosen kaufen Sie am besten direkt aus der Werkstatt im Herren-Bekleidungshaus Nikolaitzstraße 48 am Königsplatz Inh.: Herm. Parletzke.

Wer die Einigung will, lese u. verbreite die neue Schrift: Die notwendige Verwirklichung der Arbeiterklasse von VIKTOR SCHIFF Preis 4 Mark Volkswacht-Buchhandlung Breslau III.

Morgens

ist der erste Ruf, der durchs Haus erschallt, der durchs Rotzloch für die warmen Füße, wegen dem Schuh, wegen dem Gehalt. Erdal putzt die Schuhe, pflegt das Leder. Alleinhersteller: Werner & Mertz A-G. Mainz.

Arbeitsmarkt

Zeitungsträgerinnen

für alle Stadtteile sofort gesucht Expedition der „Volkswacht“, Flurstr. 4/6. Jüngeren Schneidergesellen C. Hauptmann für Reparatur sucht Przybyla, Scheinergasse 54. Wir empfehlen: Er und über ihn. Preis nur 3,50 Mk.

Die Volkswacht-Buchdruckerei

Breslau 2, Flurstraße Nr. 4/6

ist das Eigentum der gesamten Arbeiterschaft

Jeder Überschuss der Druckerei wird zur Vergrößerung des Organs der werktätigen Bevölkerung, der „VOLKSWACHT“ verwandt. Deshalb hat jeder Parteilgenosse, Gewerk- und Genossenschaftler, sowie Arbeiter-Sportler, der Drucksachen zu vergeben hat, die Pflicht, diese der Volkswacht-Druckerei zu übergeben, die nicht nur geschmackvolle Druckarbeiten herstellt, sondern diese auch preiswert berechnet

Verlangen Sie Muster und Kostenausschläge

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 27. Januar.

Sozialdemokratischer Verein.

Eisenbahner SPD. Heute um 7 Uhr: 3 Versammlungen. Parteifunktionäre aller Abteilungen: Dienstag, den 31. Januar: Wichtige Sitzung in den Abteilungen. Näheres wird noch bekannt gegeben. Arbeiterjugend Heim 2. Das Heim bleibt Freitag geschlossen, dafür Sonnabend 7 1/2 Uhr, bei Zeuse, Ofenerstr. 2, Vortragsabend. Jungsozialisten und Naturfreunde. Sonnabend, den 28. d. M., nachmittags pünktlich 5 1/2 Uhr: Übungsstunde im Gewerkschaftshaus, Zimmer 5. Gruppe 2 alles erscheinen. Aktion! Jungsozialisten! Sonnabend, den 28. d. M., abends 8 Uhr, sind wir beim Bund für neue Erziehung "Goldener Zepher", Schmiedebühne. Sonntag, den 29. d. M., abends 7 1/2 Uhr, Gewerkschaftshaus, Zimmer 10, Gemeinlichsaalabend. Distrikt 20, Sonnabend, den 28. d. M., von 6 Uhr an Gastnachrichten im Endergarten, Enderstraße 12. Jährlicher Besuch wird erwartet.

Zum 27. Januar.

Es dummt auch heute nicht am Stadtgraben, und wird nie wieder 101 mal kumpfen, die weil der große Bumbum ausgegriffen ist. Darob natürlich große Trauer bei allen „wahrhaft Deutschen“. In der „Schlesischen Zeitung“ singt Dr. A. Friedensburg seine Klagelieder, wie einst Jeremias an den Wässern von Babylon. „Man fing einen Adler und brachte ihn in einen hohen Zwinger“. „Man fing einen König, bandigte ihn durch Hunger und Herrlichkeit in ein Käfig“. „Und es war einmal ein Kaiser, den das Schicksal geirrt hatte, in einem fremden Lande zu suchen“, so beginnen seine Gesänge. Daß Wilhelm mit Raubtieren verglichen wird, braucht man keinem „Patrioten“ über nehmen, aber wir erinnern uns, daß er vor dem Kriege von deutschen „Patrioten“ dem Gelächter der Hasen zugeführt wurde, weil er sich nicht schon ein paar Jahre früher in einen Krieg einließ. Demgegenüber ist es harmlos, wenn sein Barmanje Leute an einen Kaiser erinnert, oder seine kurze Rede wieder andere an ein gewisses Weien, von dem die Wissenschaft die Abkühlung des Reichsgedächtnisses herleitet. Lassen wir das! Wilhelm ist kein Heiler, kein Löwe und kein Hase. Er wurde zum Unersehlichen von allem kaisertum Gerier nicht im Käfig bekannt, sondern solange er frei herumließ. Seit er in Dänen Holz liest, ist des Staunens über ihn nicht mehr los. Aber auch heute ist er kein König, ein Gejängerer, etwa wie mancher, der leichtsinnig im Gefängnis war. Niemand bald wohlwärtiges Vergessen ihn und seine Schande verfließen.

Die Redefreiheit der Stadtverordneten.

1000 Mark Geldstrafe für Wahrung der Bürgerinteressen. Vor einiger Zeit richtete die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung eine Anfrage an den Magistrat über die Redefreiheit der Stadtverordneten. In Folge der Debatte beauftragte der Deutschnationale Dr. Wujakowski, unter antichristlichen Bedingungen auf die städtische Zunderung, daß die Wohnungsgeschieder der Sozialdemokratischen Partei nicht seine Feinde. Genosse Frey geht die Behauptung bei einer weiteren Gelegenheit auf, verweigere seine Partei gegen diesen Vorwurf und führte zwei Fälle an, bei denen von vornherein festgestellt, daß die Begünstigten der Sozialdemokratischen Partei fernstünden. Auf Grund des ihm bekannt gewordenen Materials legte er dar, daß der Leiter des Bezirks-Wohnungskommissariats, Oberregierungsrat von Schelha, sich dafür eingelassen habe, daß einem Major Bohne die freigewordene Wohnung seines als Regierungsrat nach Berlin versetzten Bruders zugewiesen wurde, obgleich er bereits einem Oberleutnant der hiesigen Regierung zugewiesen war. In einem zweiten Falle habe von Schelha veranlaßt, daß der nach Breslau versetzte Oberleutnant von Gienanth, Chef des Stabes der zweiten Kavalleriedivision, eine Wohnung zugewiesen erhalten habe, um die sich schon geraume Zeit früher der Theaterdirektor Barnay bewarbt. Auf Grund des Berichtes, den die „Volkswacht“ am folgenden Tage über die Sitzung veröffentlichte, wandte sich v. Schelha an Genossen Frey, suchte seine Ausführungen zu widerlegen und verlangte, daß er seine Behauptungen in öffentlicher Stadtverordneten-Versammlung zurücknehmen sollte. Genosse Frey lehnte dies Verlangen ab und gedraufte in seinem Antwortschreiben die Wendung, daß von Schelha einem Wohnungsgeschieder zur Wohnung verholten habe. Von Schelha stellte daraufhin Strafanzug, und am Mittwoch stand die Sache vor dem Breslauer Schöffengericht zur Verhandlung. In dreistündiger Verhandlung wurde umfangreicher Beweis erhoben. Es ergab sich, daß v. Schelha im Falle Bohne sich zwar anfangs der Zuweisung der Wohnung widersetzt, dann aber mit der Begründung, daß Bohne als Flüchtlings vorzugsweise zu berücksichtigen sei, den Wohnungskommissar dahin verständigt hatte, daß, wenn nicht besondere Bedenken beständen, Bohne die Wohnung erhalten sollte. Die Zuweisung der Wohnung von Gienanth scheiterte daran, daß sie inzwischen Direktor Barnay zugewiesen war. Der als Zeuge vernommene Wohnungskommissar Kluge gab seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß in beiden Fällen die Regierung als Aufsichtsbehörde in einer von der sonstigen Übung abweichenden Weise eingegriffen habe. Der Staatsanwalt gab zu, daß Frey sowohl bei seinen Ausführungen in der Stadtverordneten-Versammlung, als auch in einem Briefe an v. Schelha in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe, hielt aber eine formelle Beleidigung für vorliegend und beantragte 3000 Mark Geldstrafe. Rechtsanwalt Vandmann führte aus, daß durch die Verhandlung der Wahrheitsbeweis erbracht sei, daß es aber hierauf garnicht ankomme, weil Frey des Schutzes des § 193 St.G.B. keinesfalls verlustig gegangen sei, weil eine formale Beleidigung garnicht vorliege. Trotzdem kam das Gericht zu einer Verurteilung zu 1000 Mark Geldstrafe. Das Gericht fühlte sich zunächst veranlaßt, darzulegen, daß v. Schelha seine Pflicht nicht verletzt habe. Es liege zwar Wahrung berechtigter Interessen vor, doch sei v. Schelha in formaler Hinsicht dadurch beleidigt, daß Frey ihm vorgeworfen habe, Wohnungsgeschieder begünstigt zu haben. Wir nehmen an, daß diese Entscheidung nicht endgültig ist, da weder Genosse Frey, noch die Stadtverordnetenfraktion, noch unsere gesamte Partei Lust haben werden, das Urteil ohne Berufung hinzunehmen. Es wäre ja noch schöner, wenn Stadtverordnete sich fürchten müßten, offensibare Mißstände zu kritisieren, weil schließlich ein jüngerer Amtsrichter mit Ah und Not eine Formelbeleidigung konstruieren könnte. Daß die Handlungsweise v. Schelhas zum mindesten „ganz ungewöhnlich“ war, ist durch die Zeugenaussagen des Wohnungskommissars festgestellt, und die Stadtverordneten haben allen Anlaß, darüber zu wachen, daß solche „Ungehörlichkeiten“ von oben nicht vorkommen. Auf unsere Rechtsbehelfe wird das Urteil aber ein ganz besonderes Licht. Es beweist, wie nötig es ist, die Immunität der Stadtverordneten ebenso verfassungsmäßig festzusetzen, wie die der Reichstags- und Landtagsabgeordneten.

Gerichtliches.

Nochmals ein Konsultationsprozess.

Wie noch erinnert sein dürfte, wurde im Konsultationsprozess im November 1920 vor dem Schwurgericht, der 14 Tage lang währte, das Verfahren gegen den Arbeiter Katschmarz und den Aufseher Malinka abgetrennt, da beide schwere Epileptiker sind, wodurch sie verhandlungsunfähig wurden. Am Mittwoch und Donnerstag wurde nun abnormals gegen beide vor dem Schwurgericht verhandelt. Aber auch nun erlitt Katschmarz wieder einen Krampfanfall und die hinzugezogenen Ärzte erklärten nun, daß der Paragraph 51 auf ihn anzuwenden sei, worauf das Verfahren gegen Katschmarz eingestellt wurde.

Nun wurde gegen Malinka allein verhandelt. Die Beweisaufnahme ergab aber bald, daß er sich absolut nicht an Abmündungen beteiligt hatte. Die Geschworenen verneinten die Schuldfragen, worauf der Angeklagte freigesprochen wurde.

Der verwegene Raubüberfall auf das Eisenbahn-Werkstättenamt

beschäftigt am Freitag und Sonnabend das hiesige Schwurgericht. Zu der Verhandlung sind gegen 40 Zeugen geladen. Der Verhandlung liegt folgender Tatbestand zugrunde: Am Morgen des 24. März 1921, gegen 8 1/2 Uhr erschienen im Büro 3 V des Eisenbahnwerkstättenamts auf der Märkischen Straße zwei Männer mit schwarzen Gesichtsmasken. Sie stellten den im Büro anwesenden Beamten, die mit Geldsäcken beschäftigt waren, Revolver entgegen und riefen: „Hände hoch!“ Die bestürzten Beamten kamen auch dieser Aufforderung nach, nur ein Beamter erhob sich vom Platz, ging auf den einen zu, der durch seine Größe und seinen heftigen Blick auffiel und versuchte, ihm die Maske aus der Hand zu schlagen. Er erhielt aber sofort mit einem gummiwappelartigen Gegenstand einen Schlag ins Gesicht, daß er kampfunfähig wurde. Jetzt kam auch noch ein dritter maskierter Mann hinzu, der das auf dem Tisch liegende Geld, etwa 84875 Mark in 50, 20 und 5 Mark-Scheinen zusammenraffte, in einen mitgebrachten Sack steckte und davon lief. Die beiden anderen blieben noch immer im Büro, um dem anderen den Rücken zu decken. Der große Mann, der offenbar das Kommando hatte, rief: „Dah mir innerhalb 10 Minuten niemand nachkommt, sonst erdricke ich euch.“ Vor der Tür stand ein vierter Mann Schmiere. Die Räuber entsetzten auf Fahrrädern. Der ganze Vorgang spielte sich in wenigen Minuten ab und niemand hatte die Täter erkannt. Der Verdacht lenkte sich aber auf den Schiffer Artur Kubin, seinen Bruder, den Maler Albert Kubin, den Schiffer Alfred Konekhan, den Schiffer Hermann Käniq und den Schiffer Reinhold Schulz. Albert Kubin war zu jener Zeit in dem betreffenden Büro beschäftigt und ihm war auch bekannt, daß die Lohnzahlungen anfangs am Sonnabend, der Freitags wegen am Donnerstag erfolgen sollte. Er soll derjenige sein, der die anderen vier zu dem Raube angestiftet hat. Unzufällig war, daß die genannten fünf nach dem Raubüberfall über große Geldmittel verfügten. Konekhan hatte im radeos eingeteilt und bezahlte in seinem Stammlot die Zehen; Albert Kubin kaufte seiner Braut ein Kleid für 600 Mark und Artur Kubin kaufte sogar eine Gastwirtschaft für 30 000 Mark; obwohl er kurz zuvor 1 1/2 Jahre im Justizhaus gesessen hatte. Auch Schulz und seine Frau machten großen Aufwand, obgleich Schulz wöchentlich 98 Mark Erwerbslosenunterstützung bezog. Die Angeklagten bestritten ganz entschieden jede Schuld.

Schlesischer Abend.

Der vom Bildungsausschuss angeordnete Lichtbildvortrag von Engelbert Graf „Stamm der Mensch vom Affen ab“, hatte am Mittwoch den großen Saal des Gewerkschaftshauses mit seinen Galerien bis auf den letzten Platz gefüllt. Leider hatten Verkehrsverhältnisse bewirkt, daß der Vortragende nicht rechtzeitig in Breslau erscheinen konnte, und auf sein Telegramm war kurz entschlossen ein anderes Programm für den Abend aufgestellt worden. Die anfängliche Enttäuschung vieler Besucher, die eben gerade wegen des angekündigten Vortrages gekommen waren, ließ sich durch den allerschönsten Laune, Ernst und Ludwig Leo langen Lieder zur Laute, von Dem und Diebe, von Vogelzug und Sonnenchein, daß trotz des eiligen Winters da draußen allen ganz warm ums Herz wurde. Und wieviel Humor blüht im Volksgejang! „Nur immer langsam voran“, wer hätte vorher je das

Krähwinkler Landsturmlied so auszukosten gewußt! Einen breiten Raum nahm daneben Emma Schmidt mit Erzählungen und Gedichten in schlesischer Mundart ein. Welch unerhöplicher Vor von Fröhlichkeit sprubelt nicht gerade in unserem Heimatsdialekt! Und wenn man in der Pause hörte, daß hoffentlich der Graf-Vortrag später doch noch gehalten werde, waren sich doch alle einig, daß ein solcher Abend mit Lautenliebend und Heimatscherzen gelegentlich wiederkommen müsse.

Mitglieder des Arbeiterjugend-Vors. Am Sonntag, den 29. Januar müssen alle Jugendlichen, die dem Chor angehören, sich pünktlich im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses einfinden, um durch Gesang die Frauentagung einzuleiten. Die Konferenz beginnt um 9 Uhr. Erscheinen aller Chormitglieder ist daher pünktlich um 8 1/2 Uhr notwendig.

Kunstgewerbekreis. Freitag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, hält im Vortragssaal des Kunstgewerbemuseums Herr Direktor Professor Dr. Masner einen Vortrag mit Lichtbildern über „die Innungsstudie der Breslauer Gerber-Innung, eine Neuerwerbung des Museums“. Nach dem Vortrage wird die Innungsstudie besichtigt.

Die Leiche eines erkrankten Mannes wurde dieser Tage auf einem Feldwege bei Lebus aufgefunden. Sie hat dort schon längere Zeit gelegen. Das Lichtbild des etwa 20 Jahre alt auswelenen Mannes und seine Kleidung, nebst dem F. H. gezeichneten Tschentuch, sind im Polizeirufbüro, Schulstraße 46, Zimmer 9, anzusehen, wohin auch Meldungen zur Ermittlung der Person des Ermordeten erbeten werden.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Stadttheater. Heute 7 Uhr zweites Gastspiel des Kammerjägers Adolf Böllgen „Tannhäuser“ mit den Damen Fortner-Haibaerth, Hek, Kocichlein und Leopoldine Justa u. G. und den Herren Faulstich, Hobbler, Roth, Taubert, Wilmanski, Wittke und Adolf Böllgen. Musikalische Leitung Dr. Franz Müller-Przem, Spielleitung Dr. Georg Pauls. Morgen 7 Uhr „Der Holentadler“. Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr „Prinzeßin Gulschwind“, abends 7 1/2 Uhr „Hofmanns Erzählungen“.

Schauspielhaus (Operettenbühne). Heute und täglich wird die erfolgreiche Operette „Die Strahlenjägerin“ von Leo Fall, mit Hella Kürth, Grete Sedlich, Hellmuth Hallendorf, Richard Freudmann, Ludwig Stössel und Albert Hugelmann in den Hauptrollen wiederholt. Sonntag nachmittags „Der letzte Walzer“, Dienstag „Die Tannhäuserin“ mit Emma Curtis in der Titelrolle.

Schauburg und D. A. Theater. In der beiden vorgenannten Theatern gelangt wiederum ein neuer Maciste-Film zur Aufführung, der speziell für die Damenwelt insofern interessant ist, als sich der immer hilflosere nur durch Frauenhand aus größter Not und Gefahr retten kann, und schließlich im Hafen der Ehe landet. Der neueste Stuart-Webbs-Film, „Das Kattenloch“, zeigt Unerblichkeit und Tatkraft dieses berühmten Filmdeutlichen im Kampf gegen eine geriebene Entführerbande.

Bereinstellender.

Vollstund für neue Erziehung. Nächste Zusammenkunft Sonnabend, den 28. abends 8 Uhr, im „Goldenen Zepher“. Karl Heilig spricht über „Unsere Stellung zum Pazifismus“. Freie Aussprache. Gäste willkommen.

Naturfreunde. Nächsten Sonntag: Wanderung in den Malsener Wald. Abmarsch früh 7 Uhr, Trebnitzer Platz. Am 11. und 13. Februar: Wintervergnügen im Gewerkschaftshaus. Karten bei den Mitgliedern und im Gewerkschaftshaus.

Deutscher Bauarbeiterverband. Sektion der Zementarbeiter. Sonntag, den 29. d. Mts., früh 9 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus: Versammlung. Neuwahl des Vorstandes. Jeder muß erscheinen. J. H. Wolff.

Deutscher Holzarbeiterverband. Aktion, Parteilos! Sonnabend, den 28. Januar, abends 7 Uhr, in der Stiehlhalle des Gewerkschaftshauses: Sektionsversammlung. Tagesordnung wird bekanntgegeben. Pflicht aller Kollegen ist, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Sektionsleitung.

Freie Turnerschaft Breslau. Die Vereinsversammlung findet am 28. Januar nicht statt. Der neue Termin wird den Abteilungen durch Rundschreiben bekannt gegeben.

Freie Arbeitervereingung Breslau G. V. Sonnabend, den 28. Januar, abends 8 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses: Gesellschaftsabend.

Die Breslauer Oper.

Ein langjähriger Kenner der Breslauer Theaterverhältnisse schreibt uns:

Die Stadttheaterfrage hat sich allmählich zur Krise herangewähnt. Unkontrollierbare Gerüchte, die den Stempel eifriger Arbeit hinter den Kulissen offensichtlich an der Stirn tragen, entsetzeln ein heftiges Fieber und Wiber. Nun die Frage alle Gemüter bewegt, und mehr Laten als Fachleute auf den Plan rufen, sei einmal ein Wort zur Rentabilität der Oper gesagt.

Zunächst kann der Stadt, die in der Lösung der Stadttheaterfrage eine wenig glückliche Hand bewiesen hat, der Vorwurf nicht erpart werden, daß sie die Oper als rein geschäftliches Unternehmen wertet und ihre Erhaltung vom rein geschäftsmäßigen Standpunkte betreibt. Ausgeschlossen waren jedoch, die nun doch einmal ein Hauptwort mitzusprechen haben. Die Oper vom Standpunkte eines Warenhauses zu bewerten, heißt, sie als Kunststätte tot machen. Ganz offen sei hier gesagt, daß unsere Oper mehr und mehr von ihrem künstlerisch hohen Aufse, den sie genos, herabgesunken war. Die Geldnot der Stadt hatte bei ihr an falscher Stelle gepart, und die Abwanderung erster Kräfte als notwendige Folge nach sich gezogen. Zu diesem Kapitel gehört die Unangenehmlichkeit des Spielplanes.

Nun erhebt sich mit der Vergabung des Theaters von neuem die Frage nach seiner Rentabilität. Hier können Magistrat und Stadtväter noch sehr im Dunkeln zu tappen. Zunächst erfahren ihnen wohl die Zusammenlegung von Stadt-, Lobe- und Thalia-Theater als geeignete Lösung. Man schiebt damit die Frage der Rentabilität selbst zu haben unter besonderem Hinweis auf die Direktionszeit Dr. Loewes.

Auf den ersten Blick hatte nämlich dieser Gedanke etwas unheimlich Bestehendes für sich. Von einer Zusammenlegung dieser drei Theater erträumte man sich auch eine wesentliche Hebung der Oper. Wenn man aber genauer hinsieht, so war die Erhöhung der Rentabilität des Stadttheaters durch Zusammenlegung mit Lobe- und Thalia-Theater ein schönes Luftbild. Erwiesen sich doch das Lobe- und Thalia-Theater selbst als Unterechnungsbetriebe. Sie hätten das Defizit nur verzögern helfen und mit der Zeit unserer Stadt ganz erhebliche Mehrkosten verursacht. Mit dem Hinweis auf die Zeiten Dr. Loewes war also die Sache nicht getan. In seiner Zeit lagen die Theaterdinge in Breslau wesentlich anders. Wer mit den damaligen Theaterverhältnissen vertraut war, wußte, daß die Theater von dem Ueberflusse lebten, den die Zusammenlegung der Schauspielbühne und später mit ihnen die Operette abwarf. Eine Reihe von Grosisten der damaligen Oper, die in den weitesten Kreisen Deutschlands geschätzt und geachtet wurde, waren nur so zu empfangen.

Heute liegen aber die Dinge anders. Die Oper hat sich von dem Lobe- und Thalia-Theater nach unten Direktor Gortzer

durch ihre Vereinigung als Schauspielbühnen (wie unter Dr. Loewe) Ueberflüsse abwarfen, hat Direktor Barnay es für richtig gehalten, und zwar gegen die ihn schützende Vertragsbestimmung, im Thalia-Theater Poffenaufführungen zu veranstalten. Er opfert so die künstlerischen und wirtschaftlichen Vorteile der zweiten Schauspielbühne. Ueberflüsse sind also von diesen beiden Theatern zur Zeit nicht zu erwarten. Direktor Barnays Experiment, das Thalia-Theater seiner eigentlichen Bestimmung als Volksbühne zu erziehen, um durch Poffe mit Gesang seine Kassenverhältnisse zu bessern, hat sich als ein Fehlschlag erwiesen. Diese beiden Theater, die sich selbst nur mit Hilfe des privaten Kapitals auf den Beinen halten können, würden eine neue schwere Belastung der Stadt bedeuten.

bleibt also nur noch der einzig gute Plan, die Oper in einen gemeinwirtschaftlichen Betrieb zu verwandeln, zu dem Staat, Gemeinde und Bürgerkreise erhebliche Beiträge leisten. Nur so wird eine gesunde Lösung der Breslauer Stadttheaterfrage zu finden sein. Wie man hört, wird dieser Vorschlag in weitgehendem Maße von den für die Oper verantwortlichen Stellen aufgenommen, und wie wir hoffen dürfen, zu einem für die Zukunft der Breslauer Oper guten Ende geführt werden. Vorausgesetzt bleibt, daß es der Stadt gelingt, der Oper einen tüchtigen Direktor zu verschaffen, der das Kunstinstinkt künstlerisch und geschäftlich wieder auf eine solche Höhe bringt, wie sie einst gemessen, und von der Fachleute in Deutschland nur mit Achtung zu sprechen pflegten.

Nicht übersehen werden darf, wenn von der Rückkehr zum System Loewe gesprochen wird, daß dieses eine Vereinigung der Breslauer Bühnen und die Pflege der drei Kunstgattungen (Oper, Schauspiel und Operette) aus gemeinsamen Kräften so lange vorlag, als nur drei Theater in Breslau existierten und es sich darum handelte, sie insgesamt aus einem sie alle bedrohenden Vernichtungskampfe zu retten. Nach der Errichtung des nächsten Theaters war erst die ideale Lösung möglich geworden, als die Leitung des vierten Hauses den Konkurrenzkampf aufgab und sein Schicksal in die Hände Dr. Loewes legte. Nunmehr konnte jedes Theater die ihm günstigste Kunstgattung pflegen und somit die höchste künstlerische und zugleich die beste wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erreichen. Dieses System Loewe muß als das einzig sachgemäße aufrechterhalten bleiben.

Das Stadttheater darf uns nur als eine Opernbühne erhalten bleiben. Ein Versuch, im Stadttheater neben der Oper das Schauspiel oder etwa die Operette pflegen zu lassen, würde künstlerisch und wirtschaftlich zu den schwersten Rückschlägen auf alle Breslauer Theater führen, deren Erhaltung und Förderung die gleiche Pflicht des rühmlichen Gemeinwesens ist.

SCHAUBURG
VICTORIA-THEATER

In beiden Theatern ab 1/25 Uhr! **2 sensationelle Erstaufführungen!** In beiden Theatern!

DK

In dem kriminalistisch-
interessanten Drama

Rattenloch

5211
Die Räucher-
kammer
der Apachenzentrale **6**
Akte

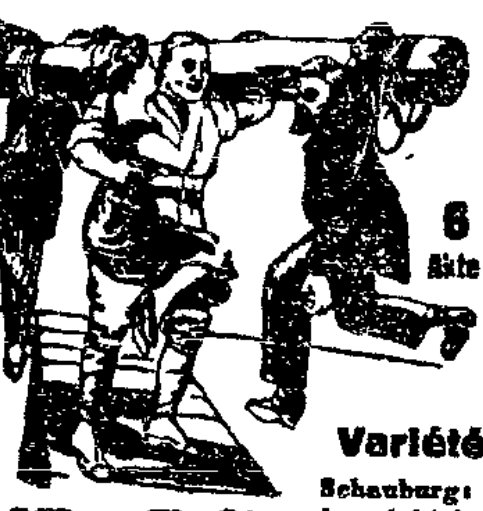


Stuart Webb der Meister-
Detektiv
Verhinderter Brautraub -
Mysteriöse Leihbibliothek
Der gefürchtete „Kollege“
Im Apachenkeller -
„Webbs ist im Bau!“
**Razzia der
Kaschemmen-
Brüder!**

Noch nie
in Breslau
gezeigt!

**Maciste
in
Ehefesseln**

Die Gittung für ge-
leist. Freundschaft
und Nächstenliebe



Der immer Hilfsbereite
6
im Angesicht des Todes
Durch Frauenhand
dem Leben
wiedergewonnen!

Varlétéschau:

Schauburg: das elektris-
che Wunder
DK-Theater
die Original-
Type
M. Echnitz

OK
Taschenstr. 20

Ab Freitag, den 27. Januar 1922
Die alleinige Erstaufführung für Breslau!

„Die Frau ohne Dienstag!“
oder: „Der Todesblick“

Nervenpeitschendes Sittendrama
nach der gleichnamigen Novelle von S. Trebitsch

„Der Todfeind!“

Spannendes Drama von Marg. Lindau-Schulz

Anfang: Wochentags 4^{Uhr}, Sonntags 3 Uhr

Lieblich-Kabarett
Tanzpalast und Weinrestaurant.

Anja Mendelsohn, die weltliche Trappistenschwester,
Cilli Bauer,
Mans Joachim Faber, die Breslauer Stadtmusikanten.

Gesellschaftshaus „Oderstrom“, Osterstr. 48.

Jeden Freitag
und Sonntag: **Vornehmer Tanz.**

Sozialdemokratie und Schule
Von Heinrich Schulz. — 3.56 Bl. — 20% Zuschlag
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes
sowie von sämtlichen Kolporteurs entgegengenommen

Gute, billige Bücher
Ludwig Heiterer, geb. S.
Müller-Jahnte: 36 Seiten
geb. 10.—
Kollmann-Buchhandlung
Neue Graupenstraße 5

Kautabaf
frisch, zu 27. 3.50 ist weiter
Oderstraße 25.

Dominikaner !!
Täglich Punkt 7^{Uhr}, Uhr
von platz. von 7^{Uhr} bis
11^{Uhr} Marktplatz 2 Part.
von! Einreich in jeder
Vollständiger Eintritt.

**Wartburg-
Lichtspiele**
Grüschowstr. 34
Grüschowstr. 34
11300

Oberbayern
Gartenstraße 65
früher 11300

Palmengarten.
Heute Freitag
Feier des
20
Jährigen
Bestehens
des Etablissements

Festkonzert
der verstärkten
Bauern-Kapelle

Präm. Maskenbühne
Zander, Gellhornstr. 28.1. u. 28



Cutaway
eigene Herstellung
550 Mark an
11228
Kochbuch
Witt. Ed. Seubert
43 Kienbergstr. 43
Die deutsche
Volkswirtschaft
Eine Einführung von
Dr. Hermann A. von Meißel
Preisbrosch. 12. geb. 18 Bl.
Preis: 1.00, wenn von der Post
& Fernsch. sowie in reich. Zeit-
schriften entgegengenommen.

3 Kanonen
wie Heinrich Peer
Curt Middendorf und Polette Corder
wirken in dem großen
Sensations-Detektiv-Abenteuer
Der Kurier von Lissabon
6 große Akte
Außerdem:
Die Todesmaske
Ein sonderbarer Fall des Detektiv Martens
in 5 Akten.
Dazu:
Schauspiel **Das japanische Rätsel**
Musik: Kapellmeister Kaiser.
Sonntags 3 Uhr u. Sonntag 2^{1/2} u. 3^{1/2} Uhr:
Große Kinder-Vorstellung.
Gut geleiteter Saal. 11300

Breslauer Consum-Verein
Gegenmarken
aus 1921
Am 11. Dienstag, den 21. Januar d. J.
in den Warenlagern einzusehen.
Später eingeleitete Gegenmarken finden keine
Berücksichtigung und sind somit wertlos.

Bitte bei allen Einfänden stets die Verantwort-
lichen unterer Zeitung zu berücksichtigen.



Jupiter
Kunststoffe
Westendstraße 50/52.

Der gewaltige amerikanische große Film:
Der große Platin-Diebstahl
6 Teile — 32 Akte

Vom 27. bis 30. Januar, 1. Teil:
„Das Geheimnis der Platin-Mine!“
Ferner der verspätet eingetroffene Sittenschlager:
„Die die Liebe suchen!?“

Ab Freitag, den 3., **Caro AB, II. Teil!**
bis 6. Februar!

Sonnabend und Sonntag:
Große Kinder-Vorstellungen

Spielplan von Freitag, den 27. Januar, bis Donnerstag, den 2. Februar
Die größten Sensationen des Jahres.

2 Hervorragende Film-Neuschöpfungen
Mahesi, der Grausame
oder: Skizzen ihrer Leidenschaft.
Sadistische Liebe eines menschlichen Schensals.
Dem Kolon verfallen — Opiumlasten
Tötend: Gift — Im Sündenbabel d. Großstadt.
Ein Original Pariser
Sittenbild in 6 Großakten.



JUSTITIA
DIE ERSTE
STÄRKESTE FRAU
DER WELT.

„Justitia“
Gefährliche Abenteuer
einer schönen Frau
in 6 Akten.

Das Geheimnis des Verfluchten
Zu diesem Klasseprogramm niedrige Eintrittspreise.

Fledermaus-
Lichtspiele
Oblique Stadtgraben 21.
Beginn:
Wochentags 4 Uhr,
Sonntags 5 Uhr.
Letzte Vorstellung: 6 Uhr.

**Lichtspiel-
Haus**
Ankerstraße 22
Ecke Müllerstraße

Die rote Katze
Detektivfilm in 5 Teilen
nach einer wahren Begebenheit
aus den Akten einer Verfolgten
über

**Nächtliche Abenteuer
einer Gräfin in Paris**
Wegen des außerordentlich großen
Programms bitten wir, bereits die Nach-
mittags-Vorstellungen zu besuchen.

In beiden
Theatern **Lee Parry** in beiden
Theatern

Deutschlands folkühnste und schönste
preisgekrönte Sensations-Darstellerin, in
dem neuesten Eldberg-Meisterregie-Film

Hedda Olsens Ehe
Nervenspannende Ereignisse in 7 Akten.
Berauschend schöne Hochgebirgsaufnahmen mit
waghalsigen und gewaltigen Sensationen.

Pressestimmen aus Leipzig:
Hedda Olsens Ehe: Die Tagesblätter besetzt von ersten bis zum
letzten Bild. ... Die schönste Lee Parry seit alle ihre Mittel ein ...
Leipziger Abendpost: Dieser Film erzielt allseitig den größten
Erfolg ... Fesselnd wie die Darstellung ist auch die Handlung ...
Auch die weiblichen sind die Szenen in der Kasse und in der
Arbeitskammer ...

**Der große
Wild-West-
Amerikaner**

Eddie Polo der ameri-
kanische **Harry Piel**

**Büchse
u. Lasso**
1. Teil
Rachsüchtige
Cowboys
6 Akte
Ab Dienstag

2. Teil: Der blutige Paß.
3. Teil: Das amerikanische Duell.

Wegen des außerordentlich großen
Programms bitten wir, bereits die Nach-
mittags-Vorstellungen zu besuchen.